

6. Die Dynamik der energiepolitischen Hegemoniekonflikte

Aufbauend auf den vorhergehenden Ausführungen soll in der folgenden *Hegemonieanalyse* die Konfliktodynamik zwischen grünem und grauem Projekt, wie sie sich in der jüngeren deutschen Energiepolitik zeigte, auf einer allgemeineren Ebene analysiert werden.

6.1 Die ökonomische Sphäre

Der Konflikt zwischen dem fossil-nuklearen und dem erneuerbaren Energieregime und den sie tragenden Kapitalfraktionen bildet die ökonomische Grundlage der Hegemoniekämpfe zwischen grauem und grünem Projekt im integralen Staat. Das darf jedoch nicht im Sinne eines einseitigen Determinationsverhältnisses zwischen Basis und Überbau missverstanden werden, sondern muss als Artikulations- und Entsprechungsverhältnis zwischen Struktur und Superstrukturen begriffen werden. Die Prozesse in Zivilgesellschaft und Staat besitzen eine relative Autonomie und Eigendynamik gegenüber der Ökonomie und sind zugleich konstitutiv in ihr präsent.

Den Auseinandersetzungen liegt der Systemkonflikt zugrunde, der sich insbesondere zum Ende der Legislaturperiode hin immer mehr zugespitzt hat und zu einer Entscheidung drängt. In den letzten Jahren wurde das erneuerbare Energieregime gestärkt, weil die regenerativen Energien einen rasanten Ausbau erlebten. Dadurch wurden die Betreiber der erneuerbaren

Energien – insbesondere die grüne Kapitalfraktion – in ihrer Machtposition aufgewertet. Zwar ist der Erneuerbaren-Sektor weiterhin sehr polypolistisch geprägt. Er unterlag aber einem gewissen Konzentrationsprozess. Außerdem wurden Teile des grünen Kapitals durch die Solarkrise massiv geschwächt bzw. vernichtet. Das fossil-nukleare Energieregime und mit ihm die großen Stromkonzerne gerieten im Konflikt mit den grünen Kräften immer stärker in die Defensive. Die Energiemonopolisten erlitten wegen ihrer vielfältigen Krisenprozesse einen relativen Niedergang und Machtverlust, von dem die anderen, nicht-monopolistischen Kapitalfraktionen profitierten. Nicht nur die Stadtwerke, sondern auch Industrie und Stromkonzerne ließen sich immer mehr auf grüne Akkumulationsstrategien ein, indem sie sich vom Atomgeschäft distanziierten und in erneuerbare Energien investierten.

Doch auch wenn die grauen Unternehmen keine überzeugende Zukunftsstrategie haben, behalten sie dennoch bis auf Weiteres eine dominante Position im Energiemarkt. Bisher integrierten sie die grünen Energien nur selektiv und in untergeordneter Form in ihre nach wie vor fossil-nuklear dominierten Geschäftsmodelle. Nachdem sowohl die Stromkonzerne als auch Industrieunternehmen wie Siemens relativ bedeutungslos im deutschen Erneuerbaren-Markt waren, versuchten sie beispielsweise über die zentralistische Offshore-Techno-

logie einen Zugang zum Markt zu finden, um ihn perspektivisch selbst übernehmen zu können und ihre Machtbasis zu erneuern. Weil sowohl der Hersteller- als auch der Betreibermarkt bisher weitgehend von anderen Kräften bestimmt wird und sich die technologische Umsetzung von Offshore als schwierig erweist, bleibt der Erfolg dieses Ansinnens ungewiss. Schließlich standen viele Industriekonzerne den erneuerbaren Energien weiterhin kritisch gegenüber, weil sie steigende Strompreise befürchteten. Stromkonzerne sowie auch Stadtwerke leisteten Widerstand gegen den Siegeszug der neuen Energien, weil sie ihre fossilen Akkumulationsstrategien gefährdet sahen.

Einige Expert*innen schätzen die geschilderte Situation so ein, dass der Systemkonflikt im Prinzip schon entschieden sei. So ist sich etwa Becker sicher: »Die fossile und nukleare Stromerzeugung steht vor dem absehbaren Aus; der Widerstand der Konzerne führt allenfalls zu einer Verzögerung. Gleichzeitig nimmt die dezentrale Erzeugung nicht nur quantitativ, sondern auch bei der Zahl der Anlagenbetreiber immer mehr zu« (Becker 2011a, 307). Tatsächlich erscheint eine vorsichtige Bewertung plausibler, die die widersprüchlichen Momente der Konfliktsituation und ihre historische Offenheit erfasst. Einerseits ist mit der Infragestellung von Kohle und Atom tatsächlich das Geschäftsmodell und die Macht der Stromkonzerne bedroht. Sie können ihre Struktur nicht ohne Weiteres auf das erneuerbare Energieregime umstellen. Aber andererseits verfügen sie weiterhin über eine enorme ökonomische Macht und können versuchen, diese mit flexiblen Strategien einer kontrollierten Anpassung zu retten, auch wenn die Erneuerbaren sich durchsetzen werden. Diese Entwicklungen bilden die ökonomischen Rahmenbedingun-

gen für die energiepolitischen Kämpfe um Hegemonie im integralen Staat.

6.2 Der Kampf um die Laufzeitverlängerung

Die Laufzeitverlängerung war eine Initiative der grauen Kräfte, gegen die die grünen Kräfte breite Proteste in der Zivilgesellschaft organisierten. Der Widerstand brach sich aber an der massiven Selektivität der dominanten Staatsapparate und der Regierungsspitze zugunsten des grauen Projekts.

Laufzeitverlängerung als Offensive des grauen Projekts

Zu Beginn der siebzehnten Legislaturperiode lag die Initiative bei den Kräften des grauen Projekts. Es gelang ihnen, in die Offensive zu kommen, indem sie die Laufzeitverlängerung als Neuauflage ihres atomaren politischen Projekts in Stellung brachten (vgl. 5.3.1) und massive Angriffe gegen die staatliche Förderung der erneuerbaren Energien organisierten (vgl. 5.4.1). Beide Attacken waren Elemente derselben Offensive des grauen Projekts. Nachdem die grauen Akteure dieses Vorhaben über einen langen Zeitraum vorangetrieben hatten, markierten der Wahlkampf und der anschließende Regierungswechsel den Übergang des Projekts vom *Stellungskampf* zum *Bewegungskampf*. Diese Strategie ist nicht allein dadurch zu erklären, dass die Stromkonzerne ihre ohnehin bestehende Vormachtstellung im Strommarkt noch weiter ausbauen wollten. Darüber hinaus war ein weiterer Grund, dass sie drohten, im sich zuspitzenden Systemkonflikt in die Defensive zu geraten. Sie strebten auf diesem Wege an, das zentralistische, fossil-nukleare Energieregime zu bewahren und das erneuerbare Regime zu schwächen, politisches Terrain

6. Die Dynamik der energiepolitischen Hegemoniekonflikte

zurückzugewinnen und ihre dominante Position zu restabilisieren. Sie versuchten also, eine drohende Schwächung in der ökonomischen Sphäre durch eine Offensive in den Superstrukturen auszugleichen. Dort versprachen sie sich einen Vorteil durch ihre etablierten Machtressourcen und die Selektivitäten verbündeter Staatsapparate. Allerdings ist zu beachten, dass die Laufzeitverlängerung nur von einem begrenzten Kreis monopolistischer Kapitalfraktionen des grauen Blocks forciert wurde und insofern auf eine rein ökonomisch-korporative Strategie beschränkt blieb.

Die Strategien der grauen Akteure konnten sich durch die Wahl der schwarz-gelben Bundesregierung relativ unvermittelt in die Staatsapparate einschreiben. Die grauen staatlichen Kräfte griffen ihre Forderungen auf und setzten sie innerhalb des Staates auch gegen Widerstände grüner Kräfte durch (vgl. 5.3.1). Damit agierten sie nicht nur gegen die Trends in der Energiewirtschaft, sondern auch gegen die breite Ablehnung in der Zivilgesellschaft. Aus dieser Konstellation heraus wird auch die begonnene Demontage des EEG als Angriff der grauen Apparate auf die Energiewende als politischem Projekt der grünen Kräfte verständlich. In Entsprechung zu den gesellschaftlichen Strategien nutzten sie die Situation der Offensive, um das grüne Hegemonieprojekt auch auf dem Feld der Erneuerbare-Energien-Politik zu attackieren (vgl. 5.4.1). Hintergrund dieser Politik war die starke strategische Selektivität der genannten (Sub-)Apparate zugunsten des grauen Blocks und insbesondere der Atomwirtschaft. In enger Abstimmung mit der Atomlobby brachten sie die Laufzeitverlängerung auf den Weg und wollten so dem politischen Projekt des Atomprogramms zu einer Renaissance verhelfen. Dabei folgten die grauen Kräfte bei Union und FDP aber

auch eigenen ideologischen Motiven, die sich mit den Strategien der grauen Akteure artikulierten und die ihre massive Intervention in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die neue Atompolitik erklären (IDUH). Die Protagonist*innen der Atomkraft konnten ihre Strategien jedoch nicht widerstandslos durchsetzen.

Widerstand des grünen Projekts gegen die Laufzeitverlängerung

Denn die graue Initiative zur Laufzeitverlängerung führte zu einer starken Polarisierung und heftigen Kämpfen in der Zivilgesellschaft. Im Zuge dieser Konflikte konnten die Kräfte des grünen Projekts im gesellschaftlichen Kräfteverhältnis an Terrain gewinnen und ihre politischen Projekte Atomausstieg und Energiewende als Alternativen darstellen (vgl. 5.3.1). Hintergrund war, dass durch den Vorstoß des grauen Blocks der Atomkonflikt, der die deutsche Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten tiefgreifend geprägt hatte, wieder aufbrach. Damit drohte sich ein brisantes sozial-ökologisches Krisenmoment, das Ausdruck der grundlegenden Krisenhaftigkeit der vom grauen Projekt geprägten Naturverhältnisse ist, wieder in einem antagonistischen gesellschaftlichen Konflikt zu verdichten.

In der Stärkung des grünen Projekts kristallisierte sich ein Bedeutungs- und Machtzuwachs seiner sozialen Basis in den letzten Jahren und Jahrzehnten. Dieser gründete *erstens* darauf, dass das ökonomische Gewicht der grünen Kapitalfraktion zugenommen hatte. *Zweitens* lag die starke populäre Zustimmung zu dem Projekt darin begründet, dass über die wachsende Zahl der Betreiber*innen und der Beschäftigten im Bereich der erneuerbaren Energien hinaus die Energiewende breite Unterstützung in der Bevölkerung fand.

Drittens zeigte sich in der breiten Ablehnung und Empörung über die Laufzeitverlängerung der weitgehende zivilgesellschaftliche Konsens über das strategische Ziel des grünen Projekts und über seine politischen Projekte Atomausstieg und Energiewende. Die beschriebene Dynamik der grünen Basis drückte sich in der Stärkung der Anti-Atom-Bewegung aus, die zugleich als Katalysator dieser molekularen Veränderungen wirkte. Darüber hinaus waren die Proteste ohnehin seit einigen Jahren durch einen neuen Bewegungszyklus getragen (I IL, I LINKE, I NFD). Die Bewegung, die effektiv den grünen Block in seinem Kampf gegen die Laufzeitverlängerung anführte, konnte durch die Kombination von breiten Massenprotesten und radikalen Aktionsformen wesentlich zum Auftrieb des grünen Hegemonieprojekts beitragen. Dafür war ferner zentral, dass das grüne Projekt sich über den grünen Block hinaus auf andere unabhängige Akteure ausdehnte, indem diese die Reihen der grünen Akteure in der Abwehr der grauen Atompolitik verstärkten.

Die Polarisierung und die Auseinandersetzungen um die Laufzeitverlängerung in der Zivilgesellschaft materialisierten sich in den Staatsapparaten, indem auch dort zugespitzte Konflikte entstanden (vgl. 5.3.1). Die Kämpfe der atomkritischen Akteure schrieben sich zudem relativ unmittelbar in die grünen Apparate ein, die deren Forderungen im Staat vertraten und auch die gewachsene Bedeutung der grünen Basis repräsentierten. Allerdings verdichteten sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nur in einer der eigenen Dichte und Selektivität der Staatsapparate entsprechenden Form. Die Proteste gegen die Erweiterung der AKW-Laufzeiten brachen sich an der massiven strategischen Selektivität der dominanten Apparate zugunsten

der grauen Strategien. Die grünen Stützpunkte konnten nur als Widerstandszentren der grünen Kräfte im Staatsapparate-Ensemble fungieren. Die Stärkung des grünen Projekts in der Zivilgesellschaft konnte sich also nicht direkt in den Staat übersetzen. Die Anti-Atom-Kämpfe wirkten eher aus der Distanz auf die politische Gesellschaft, die zumindest temporär eine größere relative Autonomie gewinnen und sich von der gesellschaftlichen Dynamik entkoppeln konnte. Insgesamt wurden die grünen Kräfte trotz der veränderten zivilgesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in der Sphäre des Staates marginalisiert. Die grünen Widerstände gegen die Laufzeitverlängerung scheiterten nicht zuletzt auch an den Spitzen der Exekutive.

Laufzeitverlängerung als Ausdruck einer konfrontativen Regierungsstrategie

Denn auch die Regierungsspitze war zu Beginn der siebzehnten Legislaturperiode durch eine erhebliche strategische Selektivität gegenüber den grauen Kräfte gekennzeichnet. Die Offensive der Akteure des grauen gesellschaftlichen Blocks schrieb sich in die Regierungsspitze ein und das Kräfteverhältnis in der Sphäre des Staates kristallisierte sich in Merckels Führungskreis. Die Regierungsspitze riskierte einen Konflikt mit der breiten Anti-Atom-Bewegung, setzte die Atomgesetznovelle gegen den scharfen Protest der grünen Opposition durch und ließ die Planungen zur Demontage des EEG zu (I NFD). In der Konsequenz organisierte sie die Laufzeitverlängerung als asymmetrischen Kompromiss, in dem sie den Atomkraftgegner*innen nur symbolische und begrenzte, aber keine substantiellen Konzessionen machte und im Kern die verlängerten Laufzeiten im Interesse der Atomlobby auf den Weg brachte (vgl. 5.3.1 und 5.4.1).

6. Die Dynamik der energiepolitischen Hegemoniekonflikte

Allerdings darf diese Interessenpolitik nicht dahingehend missverstanden werden, dass die Regierungsspitze selbst als grauer Apparat fungierte und die grauen Akteure ihre Strategien unvermittelt in sie einschreiben konnten. Denn sie besaß weiterhin eine relativ große Autonomie auch innerhalb des Staatsapparate-Ensembles und behielt ein taktisches Verhältnis zur Energiepolitik. Vielmehr ist ihr Agieren *erstens* aus der grundlegenden strategischen Selektivität der Regierung zugunsten der dominanten Kapitalfraktionen im Neoliberalismus zu erklären, so dass sie die grauen Kräfte gegenüber den schwächeren grünen Kräften privilegierte. *Zweitens* lag ihr Handeln vor allem in der damaligen gesellschaftlichen Situation begründet, die von der Zuspitzung generischer politischer Krisenprozesse und wachsenden Zweifeln an der Durchsetzungsfähigkeit der Regierenden gekennzeichnet war (vgl. 7.1.1). In dieser Konstellation wagte die Bundeskanzlerin die Flucht nach vorne, indem sie versuchte, mit der Laufzeitverlängerung Führungskraft zu demonstrieren. Sie wollte zeigen, dass sie Politiken auch gegen massive gesellschaftliche Widerstände durchkämpfen kann (I A). Diesen Zusammenhang erläuterte ein Interviewpartner:

Ich glaube, [...] eine Frau Merkel, die ist Physikerin, die war nie atomkritisch, aber die war auch nie pro Atom. [...] Die hat vielleicht mal Sätze gesagt: »Wir brauchen das« [...]. Aber die ist nicht mit wehenden Fahnen ständig durch die Welt gerannt. [...] Die war sicherlich auch keine Gegnerin der Erneuerbaren, aber sie war genauso wenig ein großer Verfechter der Erneuerbaren [...]. [Man] kann ja mal drüber nachdenken: Gibt es denn irgendwas, wo die wirklich total vereint und wo man sagt, das ist ihr Ding,

wofür die kämpft und volle Überzeugung hat? [...] Und genauso wenig war das da. Und die hat das dann durchziehen müssen, um nicht trottelig dazustehen, um auch anzupacken. Das war ja auch die ersten Monate [die Kritik]: [...] Die Regierung kriegt nichts auf die Reihe, die packt nichts an. Da wollte sie auch mal richtig zeigen: »So wir ziehen das Ding jetzt durch«. Und das hat sie dann auch gemacht mit den Laufzeitverlängerungen [...], aber [...] nicht aus so einer Motivation: »Das ist jetzt mein Ideal und das muss ich, weil mir das total wichtig ist«. (I SPD1)

Weil die Bundeskanzlerin gegen eine gesellschaftliche Hegemonie der Anti-Atomposition agierte, wurde sie selbst auf eine ökonomisch-korporative Position reduziert. Deswegen wollte Merkel das Thema möglichst schnell erledigen und begann sich schon Ende 2010, von den grauen Kräften zu distanzieren. Das machte sich an einem relativen Einflussverlust der Ministerpräsidenten der südlichen Länder in der Bundesregierung fest (I GP). Diese tiefgreifende Legitimationsschwäche der grauen Atompolitik trug zu den Umbrüchen nach Fukushima bei.

6.3 Das neue gesellschaftliche Kräfteverhältnis nach Fukushima

Nach der japanischen Atomkatastrophe zeigte die Konfliktdynamik zwischen grünem und grauem Hegemonieprojekt Elemente der herausgearbeiteten Doppelbewegung. Sie resultierte in einem neuen Kräfteverhältnis zwischen den konkurrierenden gesellschaftlichen Blöcken. Die gesellschaftlichen Umbrüche ließen auch die Kräftebalance im Staat kippen. Die Aus-

6.3 Das neue gesellschaftliche Kräfteverhältnis nach Fukushima

einandersetzungen zwischen grünen und grauen Staatsapparaten folgten der oben angedeuteten gesellschaftlichen Dynamik, entsprachen aber aufgrund der spezifischen Materialität des Staates auch einer eigenen Logik. Die veränderten gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verdichteten sich ferner dergestalt in der Regierungsspitze, dass sie ihre konfrontative Energiepolitik aufgab und sich wieder auf ihre eigentliche Hauptstrategie, die asymmetrische Demobilisierung, besann. Bevor der Kampf zwischen grünem und grauem Projekt eingehender analysiert wird, soll zunächst herausgearbeitet werden, wie die Regierungsspitze das neue gesellschaftliche Kräfteverhältnis in Form eines umfassenden Kompromisses organisierte.

Neues Kräfteverhältnis als energiepolitischer Kompromiss

Nach dem 11. März brach die zur Zeit der Laufzeitverlängerung erweiterte relative Autonomie der zentralen Regierungsapparate zusammen und das veränderte Kräfteverhältnis kristallisierte sich gewissermaßen unmittelbar in der Person Merkels. Doch es gelang ihr schnell, ihre Handlungsfähigkeit wiederzuerlangen, indem sie sich erneut erfolgreich als überparteiliche, aber zugleich volksnahe Repräsentantin der Nation und als neutrale Moderatorin der widerstreitenden gesellschaftlichen Interessen aufstellte. Die Kanzlerin gewann wieder eine verstärkte relative Autonomie gegenüber den partikularen gesellschaftlichen Akteuren, die sich auch in der politischen Gesellschaft als erweiterte Unabhängigkeit gegenüber den grau und grün aufgeladenen Apparaten abbildete. Deshalb konnten nicht einzelne Akteure ihre Strategien in die Regierung einschreiben. Vielmehr materialisierte sich das neue gesellschaftliche

Kräfteverhältnis in seiner Gesamtheit in der Form in der Regierungsspitze, dass sie einen umfassenden energiepolitischen Kompromiss zwischen den Kräften des grünen und des grauen Projekts organisierte (I BMU2; I FDP). Darin kristallisierten sich die Akteursstrategien nur als eine Seite des Kräfteverhältnisses und auch nur gebrochen durch die »eigene Dichte und Widerstandskraft« (Poulantzas 2002, 162) der zentralen Regierungsapparate (vgl. 5.3.2 und 5.4.2). Der Begriff *Kompromiss* darf also weder so verstanden werden, dass mit allen relevanten Akteuren ein gemeinsames Verhandlungsergebnis erzielt wurde, noch lässt sich überprüfen, ob sich die Regierungsspitze selbst vollständig über die Bedeutung ihres Handelns im Klaren war. Vielmehr geht es darum, dass die neuen Energiepolitiken die materielle Qualität und Wirkung eines Kompromisses hatten.

Die neue Politik wurde zwar als relativ kohärente Strategie entwickelt, die die Einheit des Staates sicherte. Zugleich spiegelte sie aber auch die Widersprüche zwischen den entgegengesetzten Kräften wider, die sich nicht nur in den Konflikten zwischen grünen und grauen Apparaten ausdrückten, sondern sich auch in der Regierungsspitze selbst manifestierten. Auf dieses Phänomen verweist die Metapher von Poulantzas, dass es mehrere Regierungschef*innen in einer/m gäbe (vgl. 3.1.2). Es existiert gewissermaßen eine Merkel für die Stromkonzerne und eine Merkel für die Umweltbewegung. Das erklärt den widersprüchlichen und wechselnden Kurs der Regierung gegenüber den energiepolitischen Kräften (I KAD).

So passte sie sich der Offensive des grünen Projekts an, integrierte durchaus grüne Forderungen in ihre Politik und mutete

6. Die Dynamik der energiepolitischen Hegemoniekonflikte



Die unweit des AKW Fukushima liegende Geisterstadt Futaba: ...

den defensiven grauen Akteuren erhebliche Einschnitte zu. Aber gleichzeitig richtete sie die neue Energiepolitik darauf aus, die Interessen der grauen Akteure zu wahren und ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre Machtbasis zu reorganisieren. Sie begleitete den relativen Aufstieg der führenden grünen Kräfte, aber sicherte auch die dominante Position der grauen Kräfte im herrschenden Block. Darüber hinaus reflektierte der Energiekompromiss nicht nur die Kräfteverschiebungen zwischen den beiden Hegemonieprojekten, sondern auch ihre inneren Veränderungsprozesse. In den Teilfeldern der Energiepolitik (Atompolitik, Erneuerbare-Energien-Politik, fossile Kraftwerke) zeigte er sich in unterschiedlichen Politiken, Interventionen und Diskursen seitens des Staates. Die konkreten Politiken des Kompromisses wurden in erster Linie in den Gesetzen des Energie-

pakets 2011 festgeschrieben – vor allem in der EEG- und Atomgesetznovelle. Diese Policies setzten im Wesentlichen die Energiepolitik vor der Laufzeitverlängerung fort, brachten aber auch eine Transformation der Energiewende auf den Weg.

Meine Ergebnisse widersprechen tendenziell einer These von Mautz, nach der die Stromkonzerne nach Fukushima zugunsten der grünen Akteure vom Feld der Regierung verdrängt worden seien und nun drohten, gewissermaßen von außen mit ihrer verbleibenden Macht die neue Energiepolitik zu behindern:

Die Energiewendegesetze vom Sommer 2011 bedeuteten die Aufkündigung des engen Bündnisses zwischen dem konservativ-liberalen politischen Lager und der traditionellen Energiewirtschaft. Infolge des inzwischen breiten politischen und ge-

6.3 Das neue gesellschaftliche Kräfteverhältnis nach Fukushima

sellschaftlichen Konsenses für eine Energiewende verzeichnete das Politiknetzwerk im Bereich erneuerbarer Energien einen sprunghaften Zuwachs an Einfluss und Verhandlungsmacht. (Mautz 2012, 158, Hervorh. im Original)

In eine ähnliche Richtung argumentiert Bosmann (Bosman 2012). Dagegen folge ich den Interpretationen von einigen meiner Interviewpartner*innen. Auf dieser empirischen Grundlage habe ich die These von der widersprüchlichen Verdichtung des neuen Kräfteverhältnisses in der Regierungspolitik entwickelt. Deswegen soll im Folgenden ein längeres Zitat aufgeführt werden, das besonders deutlich die Spannungen zwischen den beiden gegnerischen gesellschaftlichen Blöcken auf dem Terrain der Regierung veranschaulicht. So erklärte

ein Gesprächspartner die neue Energiepolitik daraus, dass sich die Spitzen der Exekutive an der Massenunterstützung durch die Wähler*innen, zugleich aber auch an der Loyalität der wenigen, aber mächtigen Stromkonzerne orientieren:

Letztlich ist es ja völlig klar, was der Grund ist: Die CDU hat keine Chance mehr gesehen, noch Wahlen zu gewinnen, wenn sie sich gegen diese Fukushima-Welle stellt und die Empörung, die in der Bevölkerung über diesen Unfall vorhanden war. Und deswegen haben sie reagiert und haben gesagt: »Wir müssen mal diesen Rucksack, den wir uns immer aufschnallen, den müssen wir mal loswerden.«

Die Kernenergiepolitik, das ist ja nicht etwas, was die großen Massen betrifft, sondern was sind da für Stakeholder hinter? Das sind



... Die Leuchttafel am Ortseingang (»Atomkraft: Energie für eine strahlende Zukunft«) wurde inzwischen entfernt

6. Die Dynamik der energiepolitischen Hegemoniekonflikte

große Energiekonzerne [...]. Das sind ja keine Lobbyorganisationen wie beispielsweise ein Deutscher Fußballbund, die Millionen umfassen, sondern das sind wirklich ganz isolierte Interessen, die zwar wirtschaftlich stark sind, aber in Bezug auf die Stimmabgabe, in Bezug auf die Masse der Wähler nicht relevant sind. Da hat man gesagt: »Ok, dann müssen wir jetzt mal gegen unsere eigene Lobby vorgehen – das geht gar nicht anders – und müssen dann auf unsere Wähler Rücksicht nehmen, weil sonst sind wir weg vom Fenster.« Und das war der Grund. Und deswegen hat man diesen Lernprozess inszeniert und letztlich doch [...] die richtige Entscheidung getroffen.

Und dann geht es natürlich weiter. In diesem Widerspruch zwischen [...] der Notwendigkeit, Wähler nicht zu verlieren und auf der anderen Seite, sich bei den Energieversorgern [keine] Feinde zu machen, muss man jetzt einen Weg durch finden. Und dann gibt es natürlich auch innerhalb der Verwaltung auch entsprechend Leute, die versuchen, diesen Weg durchzusetzen und letztlich dann auch der Regierung eine Möglichkeit zu schaffen, dass sie die Energiekonzerne, die ja auch eine politische Macht darstellen, dass sie die nicht als grundsätzliche Freunde [...], Unterstützer verliert. Denn [...] das spielt schon eine große Rolle, die haben dann auch eine große Medienmacht, die haben einfach einen Rieseneinfluss, dadurch dass sie viele viele Schaltzentren besetzen mit ihren Leuten. Da muss eine Regierung auch drauf Rücksicht nehmen, insbesondere eine konservative Regierung.

Das ist dann die neue Ausgangsposition: Ein Widerspruch zwischen wenigen konzentrierten Monopolisten [...] und auf der anderen Seite der breiten Masse der Wähler. [...] Und dieser Widerspruch bestimmt dann die zukünftige tatsächliche Politik – bis heute. (I BMU1)

In ähnlicher Weise verdeutlichte ein anderer Interviewpartner, dass die neue Energiepolitik der Regierung sich nach der gesellschaftlichen Hegemonie grüner Ziele richtete, aber zugleich versuchte, die ökonomisch-korporativen Interessen der grauen Akteure zu befördern. Der Experte argumentierte, dass die Regierungsspitze erkannt hat, dass es nicht vernünftig ist »einen ideologischen Abwehrkampf« (I IL) gegen die erneuerbaren Energien zu führen, weil es jenseits begrenzter konservativer Kreise dafür keine Mehrheiten mehr in der Bevölkerung gibt, »und dass es deswegen eine strategische Entscheidung gibt zu versuchen, eine Umweltpolitik zu machen, die zumindest nicht an allen Punkten so offensiv angreifbar ist« (I IL). Dem stehen jedoch mächtige Wirtschaftsinteressen gegenüber, die ebenfalls in der Regierung präsent sind. Deshalb ist »innerhalb der Regierung ein ständiges Ringen zwischen diesen beiden Optionen« (I IL) festzustellen. Vor diesem Hintergrund gibt es »einen parteiweiten Konsens« (I IL), an den Punkten die Energiepolitik zugunsten grauer Akteure auszurichten, »wo es die Einschätzung gibt, dass das machbar ist, ohne [...] [sich] zu sehr als Blockierer einer Energiewende in Szene zu setzen« (I IL).

Die Regierungsspitze unterstützte zwar später tendenziell die graue Offensive gegen die Energiewende (vgl. 5.4.3). Merkels Politik implizierte aber keine Abkehr von ihrer grundlegenden Regierungsweise, sondern antizipierte die Verschiebung des Kräfteverhältnisses im Rahmen der etablierten Regierungsform. Sie organisierte immer noch das energiepolitische Kräftegleichgewicht als Ganzes, ohne selbst zu den grünen oder grauen Apparaten zu gehören. So konnten Akteure des grauen Blocks zwar die Entwicklungsrichtung der Politik prägen, aber nur innerhalb des von

6.3 Das neue gesellschaftliche Kräfteverhältnis nach Fukushima

der Regierungsspitze gesetzten Rahmens agieren. Und auch die defensive Stärke des grünen gesellschaftlichen Blocks konnte sich in die Spitzen der Exekutive einschreiben bzw. diese integrierten weiterhin seine Anliegen in ihre Regierungsstrategie. Vor diesem Hintergrund wird die abwartend-moderierende Politik verständlich, die insbesondere von dem neuen Umweltminister Altmaier praktiziert wurde. Alle Politiken seit dem Sommer 2011 zielten zwar darauf, die Transformation und Verlangsamung der Energiewende umzusetzen. Sie hielten jedoch grundsätzlich am EEG fest, waren auf einen breiten politischen Konsens ausgerichtet und führten kaum zu tatsächlichen Gesetzesnovellen. Nur mit der sogenannten Strompreisbremse schien Altmaier zu einer konfrontativeren Politik überzugehen, die sich deutlicher auf die Seite der grauen Kräfte schlug. Das könnte ein Hinweis darauf sein, dass sich die strategische Selektivität der Regierungsspitze zum Ende der Legislaturperiode hin klarer in Richtung des grauen Projekts verschob. Eine Seite des veränderten Kräfteverhältnisses, das sich in der neuen Energiepolitik der Regierung verdichtete, war die Offensive des grünen Blocks.

Kippen der Kräfteverhältnisse zugunsten des grünen Projekts

Die Rezeption der Atomkatastrophe von Fukushima setzte in Deutschland eine enorme gesellschaftliche Dynamik frei. Diese führte dazu, dass die in der Phase der Laufzeitverlängerung aufgebaute Stärkung des grünen Projekts sich in einer massiven Verschiebung der Kräfteverhältnisse zu dessen Gunsten entfalten konnte (vgl. 5.3.2 und 5.4.2). Darin spielte die Anti-Atom-Bewegung wieder eine zentrale Rolle, weil sich die in der atomkritischen Haltung der Bevölkerung angelegte Kräfteverschiebung

erst durch die Massenproteste realisierte. Die grünen Kräfte konnten Atomausstieg und Energiewende ganz oben auf die politische Agenda setzen. Zwar kam der grüne Block in die Offensive und konnte zeitweise die gesellschaftliche Entwicklungsrichtung bestimmen. Doch die eigentlichen Grundlagen für den Erfolg des grünen Projekts waren in den Jahren zuvor gelegt worden, während es sich durch Fukushima zunächst gar nicht wesentlich veränderte. Das grüne Projekt wurde im Zuge dieser Prozesse in der populären, der diskursiven und der strategischen Dimension von Hegemonie gestärkt: *Erstens* profitierte es von wachsenden Mehrheiten für seine Strategien in der Bevölkerung. *Zweitens* gewannen die grünen Akteure zeitweise die Deutungshoheit über die Zukunft der Energiepolitik. *Drittens* verbreiteten sich grüne Strategie-Elemente im Akteursspektrum und wurden verstärkt auch von bisher gegnerischen Kräften übernommen.

Durch die zivilgesellschaftliche Kräfteverschiebung nach Fukushima kippten schließlich auch die Kräfteverhältnisse in den Staatsapparaten (vgl. 5.3.2 und 5.4.2). Weil sich Zivilgesellschaft und Staat durch die Konflikte um die Laufzeitverlängerung auseinanderentwickelt hatten, war temporär eine Spannung zwischen den beiden Sphären entstanden. Im Zuge der Reaktorkatastrophe konnte sich die gesellschaftliche Dynamik mit einer zeitlichen Verzögerung im Staat niederschlagen. Die beiden Instanzen des integralen Staates kamen wieder in ein Korrespondenzverhältnis und die verstärkte Entkopplung des Staates wurde zurückgenommen. Die grünen Kämpfe schrieben sich in die grünen (Sub-)Apparate in der Regierung ein und halfen jenen damit, zumindest zeitweise in eine Position der Offensive zu kommen. Sowohl zwischen als auch innerhalb der

6. Die Dynamik der energiepolitischen Hegemoniekonflikte

Apparate verschob sich das Kräftegleichgewicht zugunsten der grünen Kräfte. An den Richtungsentscheidungen der Regierung waren letztere nicht unmittelbar beteiligt. Aber sie unterstützten die neue Politik in der Umsetzung und nutzten die veränderten Bedingungen für ihre eigenen Strategien. Zunächst profitierten auch die Oppositionsparteien von dem politischen Umschwung. Das Erstarren der grünen gesellschaftlichen Kräfte bescherte insbesondere Bündnis 90/Die Grünen einen enormen politischen Auftrieb, die par excellence den grünen Block repräsentierten. Durch die politische Zäsur von Fukushima wurde das strategische Ziel des grünen Projekts endgültig hegemonial und Atomausstieg und Energiewende wurden nun allgemein als Terrain der zukünftigen Energiepolitik anerkannt. Zum Atomausstieg entstand ein aktiver oder zumindest passiver Konsens, da alle relevanten Player im integralen Staat ihn unterstützten oder wenigstens hinnahmen. An dieser Stelle deutete sich aber schon eine Auseinanderentwicklung zwischen Atom- und Erneuerbare-Energien-Politik an. Denn das politische Projekt der Energiewende wurde nicht so breit getragen.

Die Bundesländer, die mehrheitlich ohnehin seit Jahren der Atomenergie kritisch gegenüberstanden und zunehmend auf den Ausbau erneuerbarer Energien in ihrem Hoheitsgebiet setzten, spielten eine zentrale Rolle in diesem Prozess (vgl. 5.3.2 und 5.4.2). Seit 2011 vertieften sie diese strategische Orientierung und hatten zudem einen großen Einfluss auf die energiepolitische Kehrtwende der Bundesregierung. Durch ihre Politik stärkten sie die grünen staatlichen Stützpunkte erheblich. Die grünen Strategien der Länder folgen aber einer anderen Logik als diejenigen der klassischen grünen Apparate. Sie entsprechen der ska-

laren Selektivität der subnationalen Ebene zugunsten des grünen Projekts (vgl. 4.2.1). Von entscheidender Bedeutung für die Entwicklungen nach Fukushima waren darüber hinaus die Umbrüche in Bayern und Baden-Württemberg. Dort sprangen die längerfristig aufgebauten Veränderungen (insbesondere in der konservativen sozialen Basis) vermittelt durch die historische Zäsur der Katastrophe in die Staatsapparate über, so dass die Kräfteverhältnisse in den beiden ursprünglich grau dominierten südlichen Bundesländern nachhaltig in Richtung des grünen Projekts kippten. In der Folge verschob sich die strategische Selektivität der Landesapparate deutlich zugunsten grüner Kräfte und die betreffenden Landesregierungen vollzogen einen tiefgreifenden Kurswechsel zu grünen Strategien. Beide Länder schwenkten sowohl in der Erneuerbare-Energien- als auch in der Atompolitik von einer konsequent grauen Linie zu einem ambitionierten grünen Modernisierungsprojekt um.

In Baden-Württemberg konnten Bündnis 90/Die Grünen den Kontext der grünen Offensive nutzen, eine ethisch-politische Rolle einzunehmen. Demgegenüber blieb der amtierende Ministerpräsident Mapus wegen seiner umstrittenen Rolle in der Atompolitik, bei Stuttgart 21 und dem ENBW-Deal auf seine ökonomisch-korporative Position beschränkt. Auf diese Weise gelang es der Ökopartei, eine zentrale Bastion des grauen Projekts zu erobern und den subnationalen Apparat zu einem mächtigen Stützpunkt des grünen Projekts im multiskalaren Staat umzubauen. In die bayerischen Staatsapparate bzw. die CSU haben sich die veränderten Kräfteverhältnisse auch ohne Wahl eingeschrieben. Eine besondere Qualität gewann dieser strategische Kurswechsel dadurch, dass die CSU-Führung in der Bundesregierung

6.3 Das neue gesellschaftliche Kräfteverhältnis nach Fukushima

effektiv für ihre grünen Strategien eintreten konnte, weil sie selbst Teil der Regierungsspitze war.

Im Gegensatz zu den dominanten Kräften in den nationalen Regierungsapparaten, die sich mehrheitlich nur aus taktischen Gründen auf grüne Forderungen eingelassen haben (s.u.), ist in den Bundesländern ein grundlegender Wandel zu diagnostizieren. Die Landesapparate haben nachhaltigere und in gewisser Weise verbindlichere strategische Entscheidungen für die grünen politischen Projekte getroffen. Aus dieser Perspektive lassen sich die politischen Umbrüche in Baden-Württemberg dahingehend interpretieren, dass sich nicht nur grüne Strategien in das eigentlich graue Bundesland eingeschrieben haben, sondern dass es tatsächlich seine Rolle von einem grauen zu einem grünen Apparat gewechselt hat. Im Fall von Bayern ist jedoch einschränkend zu bedenken, dass die Staatsregierung unter Seehofer, die weiterhin die energiepolitische Richtung in der CSU dominierte, zwar einerseits der oben angedeuteten Logik der subnationalen Apparate unterlag. Aber andererseits teilte sie als Kraft innerhalb der nationalen Regierungsspitze deren taktisches Verhältnis zum grünen Projekt. Außerdem folgte sie aufgrund ihrer eigenen Machtinteressen einer wechselhaften Politik, die als Ausdruck einer speziell bayerischen Spielart des Merkelismus zu verstehen ist (vgl. 6.5). Vor diesem Hintergrund ist die Dauerhaftigkeit der grünen Kehrtwende in Bayern kritisch zu verfolgen.

Nicht zuletzt konnte sich die Offensive der grünen Akteure und ihrer Verbündeten nach Fukushima unmittelbar in die Regierungsspitze einschreiben. Deshalb musste sie auf deren Begehren eingehen (vgl. 5.3.2. und 5.4.2). Außerdem ist sie durch einen starken Opportunismus ge-

prägt und hat insofern ohnehin eine gewisse Offenheit für Veränderungen der Kräfteverhältnisse. Das lässt sich in der populären, diskursiven und strategischen Dimension von Hegemonie aufzeigen. *Erstens* wurde klar, dass die Regierung nicht dauerhaft gegen die tief sitzende Ablehnung der Atomenergie in der Bevölkerung regieren konnte, die sich durch die Katastrophe noch weit über die soziale Basis des grünen Projekts hinaus verbreitert hatte (I CDU; I DUH; I FDP; I I). Der Eindruck, dass die Atomkraft kein *Gewinnerthema* ist, hat sich durchgesetzt (I LINKE). Nach dem Debakel in Baden-Württemberg musste sie befürchten, auch in weiteren Wahlen zu unterliegen. Sie vollzog die energiepolitische Kehrtwende, um ihre Massenunterstützung und ihre strukturelle Mehrheitsfähigkeit wiederherzustellen (I BDEW; I BIULD; I BMU2; I CDU; I VZBV). *Zweitens* wandte sich der öffentliche Diskurs immer mehr gegen die Regierung. Alle Medien berichteten kritisch über die Gefahren der Atomenergie und bezogen sich positiv auf die Möglichkeiten der Energiewende (I CDU; I DGB; I I). *Drittens* protestierten auch viele Akteure jenseits des grünen gesellschaftlichen Blocks für einen Kurswechsel in der Energiepolitik (I CDU; I DGB).

Zwar war die Regierung nicht durch eine besondere Selektivität zugunsten der grünen Akteure gekennzeichnet (I DUH). Aber diese entfalteten ihre Wirkung aus der Distanz heraus und schrieben sich als Teil des gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnisses in sie ein. Die gesellschaftlichen Forderungen wurden zudem von den grünen Kräften in der Regierung aufgegriffen. In der Folge übersetzte sich der gesellschaftliche Druck auf das staatliche Feld und erzeugte dort eine Dynamik, die die Regierungsspitze nicht mehr kontrollieren konnte und der sie sich anpassen musste

6. Die Dynamik der energiepolitischen Hegemoniekonflikte

(I KAD). Merkels Führungskreis antizipierte also den Terraingewinn der grünen Akteure im gesellschaftlichen Kräfteverhältnis und machte ihnen Zugeständnisse, die weitreichende materielle Politiken beinhalteten. Sie griff deren Forderungen auf und integrierte zumindest selektiv grüne Strategie-Elemente in ihre Politik. Weil die erneuerbaren Energien insgesamt eine größere Bedeutung in der Gesellschaft gewonnen hatten, ließ sie sich im Sinne eines »Mainstreaming Renewables« (I BEE2) taktisch auf die Energiewende ein. Die temporäre Stärkung des grünen Projekts war auf der anderen Seite mit einer Schwächung des grauen Projekts verbunden.

Graues Projekt in der Defensive

Weil das graue Projekt mit der Laufzeitverlängerung seine bloß ökonomisch-korporative Position nicht überschreiten konnte, geriet es schon vor Fukushima in die Defensive, auch wenn es bis auf Weiteres herrschend blieb. Vor diesem Hintergrund betrafen die wesentlichen Veränderungen nach der atompolitischen Zäsur vom März 2011 das graue und nicht das grüne Projekt. Unmittelbar nach dem Super-GAU wurde der graue Block relativ marginalisiert (vgl. 5.3.1, 5.3.2 und 5.4.2). Die Hegemoniefähigkeit des grauen Projekts litt insbesondere darunter, dass konservative Milieus aus der Mittelklasse, die eigentlich eine wichtige soziale Basis grauer Strategien darstellten, spätestens nach Fukushima den Atomausstieg mehrheitlich unterstützten:

Diese Massenbewegung, die da nach Fukushima stattgefunden hat, war ja das normale Bürgertum, das Angst hatte, so was kann in Frankreich, so was kann in Deutschland, so was kann überall passieren, und deswegen auf die Straße gegangen ist. Und davor hatte dann die Regierung auch Sorgen, weil das

waren dann plötzlich Leute, die sie theoretisch auch wählen könnten. (I NFD)

Konservative Medien und Intellektuelle fungierten als Katalysatoren dieses Umschwungs und verbreiteten so den diskursiven Konsens zum Ausstieg aus der Atomenergie. Ferner verfolgten insbesondere in Süddeutschland wesentliche Kräfte der konservativen Basis (Landwirt*innen, Handwerk, nicht-monopolistische Unternehmen) seit Jahren grüne Strategien, indem sie die Energiewende in ihren lokalen Räumen praktisch umsetzten (I CSU).

Die grauen Akteure wurden nach Fukushima relativ geschwächt und fanden sich im Sinne einer passiven Zustimmung mit der neuen Energiepolitik ab. Nur die strukturalistische, atompolitische Fraktion des grauen Projekts, die durch das Deutsche Atomforum verkörpert wurde, wollte die Stellung der Atomwirtschaft verteidigen. Sie wurde jedoch auch innerhalb des grauen Blocks marginalisiert. Darüber hinaus hatten sich langfristig grüne Strategie-Elemente in eigentlich graue Akteure eingeschrieben, so dass es schon bei der Laufzeitverlängerung zu Konflikten zwischen grauen und grünen Positionen innerhalb von BDEW und BDI kam. Konnten sich erst die klassischen grauen Kräfte in den beiden Verbänden durchsetzen, fanden dort nach Fukushima strategische Richtungsänderungen statt. Insbesondere die energiepolitische Neupositionierung des BDEW verdeutlicht par excellence, wie sich grüne Strategie-Elemente in einen eigentlich grauen Verband eingeschrieben haben.

Zwar verfolgten die dominanten Staatsapparate die Laufzeitverlängerung 2010 noch unerbittlich (vgl. 5.3.1). Doch der fehlende Konsens zu diesem politischen Projekt führte auch schon damals zu einem Erosionsprozess der grauen Kräfte im Staat.

6.3 Das neue gesellschaftliche Kräfteverhältnis nach Fukushima

Mit der gesellschaftlichen Mobilisierung nach Fukushima gerieten sie endgültig in die Defensive und zogen sich in eine passiv-abwartende Position zurück (vgl. 5.3.2 und 5.4.2). Zwar leisteten sie begrenzten Widerstand gegen die energiepolitische Kehrtwende. Doch die Regierungsspitze setzte die neue Politik entschieden durch. Schließlich ließen sich die grauen (Sub-)Apparate im Sinne einer passiven Zustimmung auf die grünen Politiken ein, verharrten aber in einem rein taktischen Verhältnis zum grünen Projekt. Sie waren paralysiert und erduldeten den veränderten Kurs in der Energiepolitik. Nur in der FDP behielten die atomfreundlichen Kräfte eine dominante Position, die in gewisser Weise den strukturkonservativen Flügel des grauen Projekts repräsentierte und sein Schicksal der Marginalisierung teilte.

Über die passive Akzeptanz von Atomausstieg und Energiewende hinaus schrieben sich grüne Forderungen auch verstärkt in bisher gegnerische, graue Apparate ein. Sie integrierten die Ausrichtung auf eine ökologische Modernisierung in ihre Strategien, wodurch der Block grüner staatlicher Kräfte ein Stück weit verbreitert wurde. Nicht zuletzt übersetzten sich grüne Strategien auch nachhaltig in bisher grau dominierte Bundesländer, wie oben für die Beispiele Bayern und Baden-Württemberg gezeigt wurde.

Der zumindest temporäre Terrainverlust der vier großen Energieversorger im gesellschaftlichen Kräfteverhältnis drückte sich auch darin aus, dass sich die strategische Selektivität der Regierungsapparate zu ihren Ungunsten verschob und sie weitgehend aus den Entscheidungsprozessen zur neuen Energiepolitik ausgeschlossen wurden (Dohmen et al. 2011; Dohmen/Müller/Schwägerl 2011; I A; I BDEW; I BIULD; I DAF; I LINKE):

Also auch [...], dass vorher die Stromkonzerne viel zu sagen hatten, und [...] es an der Stelle auch einen gewissen Cut gab und [...] die Bundesregierung sich ein Stück weit emanzipiert hat und gesagt hat: »Jetzt können wir auf die keine Rücksicht mehr nehmen.« Was sich dann später wieder verändert hat. Die Energiepolitik, die jetzt läuft, ist schon wieder sehr klar danach ausgerichtet, dass die Großen davon profitieren. Aber zumindest in der Phase war das erstmal nicht so. (I A)

Darüber hinaus schrieb sich nicht einfach ein invariabler grauer Block in die Regierung ein. In ihr kristallisierten sich auch die Transformationsprozesse des grauen Projekts, die durch eine selektive Integration grüner Strategie-Elemente charakterisiert waren. Dadurch dass nun auch gesellschaftliche Kräfte für einen energiepolitischen Kurswechsel eintraten, die traditionell eine soziale Basis der konservativ-liberalen Regierung bildeten, wuchs der Druck auf Merkel, tatsächlich in der Energiepolitik umzusteuern (I BMU2; I DGB; I GP; I GRÜNE1; I SPD1). Aber die Regierungsspitze nahm diese gesellschaftlichen Veränderungen nicht einfach passiv auf, sondern sie löste sie teilweise mit aus und verstärkte sie, indem sie selbst in die zivilgesellschaftliche Debatte intervenierte. Es wäre jedoch voreilig, aus den geschilderten Veränderungen darauf zu schließen, die Stromkonzerne und ihre Verbündeten hätten den Durchmarsch des grauen Projekts widerstandslos in Kauf genommen.

Graue Gegenstrategien – Infragestellung und Transformation der Energiewende

Denn diese Prozesse dürfen nicht dahingehend missverstanden werden, dass sich das grüne Projekt auf die grauen Akteure ausgedehnt hätte und damit hegemoni-

6. Die Dynamik der energiepolitischen Hegemoniekonflikte

al geworden wäre. Vielmehr integrierten sie die erneuerbaren Energien bisher nur selektiv und in untergeordneter Weise in ihre weiterhin fossil-nuklear geprägten Strategien. Das ist mit ihren Unternehmensstrukturen und langfristigen Investitionsentscheidungen zu erklären, die sich nicht ohne Weiteres verändern ließen. Darüber hinaus fügten die grauen Akteure sich nicht einfach passiv einer grünen Dominanz, sondern ergriffen im Wesentlichen zwei Gegenstrategien, um die politische Initiative zurückzugewinnen, die Entwicklung der Energiepolitik wieder dominieren zu können und vor allem um ihre eigene Macht zu bewahren (vgl. 5.4.2 und 5.4.3).

Die erste Strategie bestand darin, eine Transformation des politischen Projektes der Energiewende einzuleiten, die die grauen Kräfte zu ihren eigenen Bedingungen und zu ihren Gunsten umgestalten wollten. Das Ziel war, ihre Präsenz im Feld der erneuerbaren Energien sukzessive auszubauen, sie in der längeren Frist in ähnlicher Weise selbst zu dominieren wie das zentralistische fossil-nukleare Energieregime und sie in eben dieses ein- und unterzuordnen. Dementsprechend fand die Strategie *erstens* ihren Niederschlag darin, dass sich die Stromkonzerne und auch Unternehmen wie Siemens für Förderverschiebungen hin zu zentralen Großtechnologien im Bereich der Erneuerbaren einsetzten, die ihren Akkumulationsstrategien entsprachen. *Zweitens* dienten sowohl die Marktprämie als auch die geforderten Alternativen zum EEG (Quoten-, Ausschreibungs- oder Direktvermarktungsmodell) dazu, dass sich aufgrund der hohen Einstiegsvoraussetzungen der Fördermechanismen tendenziell nur noch große Player am Markt beteiligen können. Ferner können solche Instrumente einfacher in das hergebrachte Ver-

sorgungssystem eingefügt werden. Dieses könnte so noch möglichst lange erhalten werden und würde nicht von einem neuen, auf grüne Energien ausgerichteten Markt-design infrage gestellt. *Drittens* schrieben sich auch die Interessen der deutschen Industrie in die graue Transformationsstrategie ein. Sie forderte, dass die Energiewende so ausgestaltet werden müsse, dass der integrierte deutsche Industriestandort und sein Exportmodell gesichert und gestärkt werden können.

Die zweite Strategie beinhaltete den Versuch des grauen Blocks, den Vormarsch des grünen Projekts zurückzudrängen, indem ein Angriff auf die Energiewende gestartet wurde. Das Ziel war nicht unbedingt, den Ausbau der erneuerbaren Energien komplett zu stoppen oder ihn gar rückgängig zu machen. Vielmehr ging es darum, ihn so zu verzögern und zu begrenzen, dass das zentralistische, fossil-nukleare Energieregime noch möglichst lange erhalten werden kann. Dafür starteten die grauen Akteure verschiedene ideologische Attacken auf die Energiewende, die mithin alle darauf zielten zu verschieben, was als partikular und was als allgemein in der Energieversorgung gilt. In seiner Offensive konnte der grüne Block die eigenen Anliegen noch als universelle Interessen darstellen (Klimaschutz, Verhütung radioaktiver Verstrahlung etc.), während insbesondere die Stromkonzerne als partikularistisch erschienen. Die grauen Kräfte versuchten nun hauptsächlich an der Frage der Kostenbelastung durch die Energiewende, ein neues Allgemeines zu definieren und die Profiteur*innen und Unterstützer*innen der Erneuerbaren in eine ökonomisch-korporative Position zurückzudrängen.

Damit wollten sie die Zustimmung in der Bevölkerung zu erneuerbaren Energien und perspektivisch auch die zum Atomaus-

6.3 Das neue gesellschaftliche Kräfteverhältnis nach Fukushima

stieg untergraben und vor allem die konservativen Milieus wieder an sich binden. Die Strategie fiel deshalb auf fruchtbaren Boden, weil steigende Energiepreise und Energiearmut tatsächlich für immer mehr Menschen ein reales Problem darstellen (vgl. 5.4.3). Auf dieser Grundlage konnten sie auch zur Herausbildung eines neuen hegemonialen Diskurses beitragen, dem zufolge der Ausbau erneuerbarer Energien zwar grundsätzlich alternativlos sei, aber nach Kriterien der Wirtschaftlichkeit neu ausgerichtet werden müsse. Schließlich war der graue Block in der Lage, sich mit der Kritik an der bisherigen Form der Energiewende auf unabhängige Akteure ausdehnen (I BNE, I IGBCE, I VKU, I VZBV). Mit den Angriffen auf die Energiewende war die Strategie grauer Kräfte verbunden, fossile Kraftwerke nach dem Scheitern der Laufzeitverlängerung als die neue Brückentechnologie in Stellung zu bringen (vgl. 5.5.3). Ferner verfolgten sie für eine mittelfristige Zeitperspektive Pläne, der Atomenergie zumindest zu einem begrenzten Revival zu verhelfen (vgl. 5.3.3). Weil aber die Forderung nach einer Renaissance der fossilistischen Energiewirtschaft kaum und neue Laufzeitverlängerungen für die alten Atommeiler noch weniger hegemoniefähig waren, wurde die Offensive des grauen Projekts gewissermaßen stellvertretend für die anderen Felder auf dem Terrain der Erneuerbare-Energien-Politik geführt.

Zwischen den beiden Strategien bestand zwar ein Spannungsverhältnis. Sie wurden auch tendenziell von unterschiedlichen Kräften innerhalb des grauen Blocks verfolgt und in der zeitlichen Abfolge in unterschiedlichen Phasen forciert. Doch sie sind eher als Idealtypen zu verstehen, die sich in der strategischen Praxis einzelner Akteure überkreuzten und sich zugleich in

ihrer Kombination zur neuen Hauptstrategie des grauen Projekts aggregierten. Diese ließe sich wie folgt auf den Punkt bringen: die erneuerbaren Energien ausbremsen, um sie selbst zu übernehmen. Auf diese Weise gelang es dem grauen Block, den grünen Akteuren deren eigenes politisches Projekt ein Stück weit aus der Hand zu nehmen und selbst zu bestimmen. Auf der einen Seite veränderte sich das graue Projekt durch den Prozess selbst, weil die Strategien der grauen Kräfte immer mehr auseinanderliefen und ein Teil von ihnen selektiv grüne Strategie-Elemente integrierte. Doch auf der anderen Seite konnte sich der graue Block auf Basis der neuen Hauptstrategie auch modernisieren und einen neuen Konsens finden. Durch seine Metamorphose wurde der BDEW zum Vorreiter dieser Entwicklung, indem er sich gerade durch die Adaption grüner Strategie-Elemente im Rahmen des grauen Projekts erneuerte. In der Konsequenz lässt sich konstatieren, dass das graue Projekt durch seine Gegenoffensive wieder Terrain im gesellschaftlichen Kräfteverhältnis zurückgewinnen konnte.

Die Strategie ist aber auch als Versuch eines Befreiungsschlags aus einer sich abzeichnenden Defensivposition im sich zuspitzenden Systemkonflikt zu verstehen, die wieder durch eine Offensive im integralen Staat ausgeglichen werden sollte. Die grauen Akteure versuchten in einem sich schließenden Zeitfenster, die Bedingungen in der Energiepolitik so zu verändern, dass sie ihre vorherrschende Position in der Stromversorgung verteidigen können:

Es ist aber zum Teil auch fast schon, wäre eine meiner Thesen, [...] eine der letzten Abwehrschlachten, weil es sein kann, dass sich, wenn die Entwicklung im Bereich Onshore Wind und Photovoltaik vor al-

6. Die Dynamik der energiepolitischen Hegemoniekonflikte

lem so weitergeht, [...] das vielleicht sogar in zehn Jahren eh erledigt hat. Nicht dass dann alle größeren Kraftwerke abgestellt sind, aber dass momentan zumindest auch regierungsseitig gemerkt wird [...] und auch von der Energiewirtschaft: Wenn man denn setzen will auf große Anlagen, auf konventionelle Kraftwerke, dann ist vielleicht in den nächsten fünf bis maximal zehn Jahren überhaupt noch die einzige Möglichkeit überhaupt, irgendwas Rentierliches am Markt zu platzieren, weil danach ist einfach möglicherweise die Photovoltaik eh in einem Bereich, [der sie] viel günstiger machen wird, wo aber zum Teil [...] andere Akteure im Rennen sind. (I LINKE)

Zwar griffen graue Apparate grüne Forderungen auf, doch auch sie integrierten diese nur selektiv in die fossil-nuklearen Strategien. Vor allem übersetzte sich die Offensive des grauen Hegemonieprojekts nach der Verabschiedung des Energiepakets 2011 in die Staatsapparate. Die grauen staatlichen Kräfte forcierten dort die neue Hauptstrategie ihrer gesellschaftlichen Verbündeten und intervenierten selbst in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, um die Macht des grauen Blocks zu verteidigen. Es gelang ihnen, die politische Initiative auf dem Terrain des Staates zurückzugewinnen, die Richtung der Energiepolitik zu dominieren und den grünen Apparaten die Kontrolle über die Energiewende etwas zu entziehen. In der Konsequenz verschoben sich die Kräfteverhältnisse wieder zugunsten der grauen Staatsapparate (vgl. 5.4.2 und 5.4.3).

Neben den klassischen grauen Apparaten unterstützten auch die dominanten Kräfte in der SPD aufgrund ihres industriepolitischen Rollbacks die grauen Strategien. Die Kräfteverschiebungen im Staatsapparate-Ensemble fanden nicht zuletzt

im Terrain der Gewinn des grau dominierten Wirtschaftsministeriums gegenüber dem grün geprägten Umweltministerium ihren Ausdruck. In den letzten Jahren konnte das BMWi vor allem über die wichtiger werdenden allgemeinen energiepolitischen Themen wie Stromnetze, Energieeffizienz und EnWG-Novellierung Kompetenzen an sich ziehen und neue Gremien in seinem Kompetenzbereich ansiedeln (Plattform Zukunftsfähige Energienetze, Geschäftsstelle für das Monitoring der Energiewende). Das Ministerium nutzte sie strategisch, um seinen Einfluss auf die Energiewende auszuweiten. In diesem Zusammenhang kam der Bundesnetzagentur eine zentrale Bedeutung zu, die zu einem Kristallisationspunkt grauer Strategien wurde. Das BMWi wertete sie gezielt zu einem wichtigen Apparat für die Energiewende und zu einem starken Machtzentrum innerhalb des Blocks grauer Apparate auf. Zugleich entwickelte die Agentur sich zu einer relativ unabhängigen Instanz, die es ermöglichte, politische Verantwortung an die Behörde abzuschieben (I BMU2; I KAD; I LINKE; I VKU2). Diese Prozesse erläuterte ein Mitarbeiter des BUND:

Was nicht zu unterschätzen ist, ist die Politisierung der Bundesnetzagentur; also insgesamt die Rolle, die die Bundesnetzagentur bei der Energiewende hat, die immer wichtiger wird; bis hin, [...] dass die beiden Ministerien sich darauf geeinigt haben, die Geschäftsstelle für das Monitoring der Energiewende bei der Bundesnetzagentur anzusiedeln. [...] Das ist, glaub' ich, eine ganz bewusste Strategie von dem Abteilungsleiter im BMWi, dem Herrn Daucke – möglicherweise auch darüber hinaus – die Bundesnetzagentur immer wichtiger zu machen; und dann, dass man den politischen Staatssekretär als Präsidenten darüber

6.3 Das neue gesellschaftliche Kräfteverhältnis nach Fukushima

schickt, das ist natürlich wirklich stark. [...] Die Bundesnetzagentur ist fast die Behörde der Energiewende, was ja absurd ist. Das ist schon etwas, wo ich so eine Machtverschiebung auch merke. (I BUND)

Allerdings ist bemerkenswert, dass sich die Widersprüche zwischen den Fraktionen des grauen Kapitals auch innerhalb des Wirtschaftsministeriums abbilden. Seine einzelnen Abteilungen fungieren als Stützpunkte der verschiedenen Fraktionen des grauen Projekts bzw. der grauen Kapitalgruppen (Stromkonzerne, energieintensive Industrie, stärker ökologisch orientiertes Industriekapital, nicht-monopolistische Energieunternehmen). Während die Energieabteilung vornehmlich die Interessen der monopolistischen Stromwirtschaft vertritt, dient die Industrieabteilung als privilegierte Bastion des industriellen Kapitals. Deswegen sind fortwährende Spannungen und Reibereien, Policy- und Kompetenzkonflikte zwischen den unterschiedlichen Subapparaten in Bezug auf die Energiepolitik zu beobachten, die die wechselhafte Politik des Ministeriums erklären. Die Leitung des Hauses steht vor der Herausforderung, die Einheit des Apparats zu gewährleisten, die divergierenden Interessen des grauen Blocks zu aggregieren und eine energiepolitische Kompromisslinie zwischen seinen Flügeln zu organisieren.

Die verschiedenen grauen Apparate unterstützten die Strategie, die Energiewende zugunsten der etablierten, monopolistischen Kapitalfraktionen des grauen Blocks zu transformieren. *Erstens* wurde mit der EEG-Novelle 2011 eine Verschiebung hin zu großen, zentralistischen Technologien und weg von kleinen, dezentralen Anlagen eingeleitet. *Zweitens* wurde mit der Marktprämie eine stärkere Marktorientierung im EEG durchgesetzt, die tendenziell

die großen Player und ihr zentralistisches Versorgungssystem begünstigt. *Drittens* wurde die Besondere Ausgleichsregelung ausgeweitet. Die grauen Apparate trugen auch die zweite Strategie des grauen Projekts mit, Angriffe auf die Energiewende zu organisieren. Die Bemühungen der grauen Kräfte im Staat fanden zunächst aber nur in strategischen Verschiebungen, politischen Initiativen und Diskursinterventionen ihren Niederschlag und noch kaum in erfolgreichen Politiken.

Auch die Strategie der Regierungsspitze spiegelte die große politische Macht der Stromkonzerne und des grauen Blocks insgesamt wider. Diese Macht beruhte auf der zentralen ökonomischen Bedeutung, die die grauen Kräfte trotz ihrer zuletzt schwierigen Situation immer noch besaßen. So formulierte ein Gesprächspartner mit Blick auf die neue Atompolitik: »Das ist eine Ausstiegspolitik, in der die Lobbyarbeit für die Betreiber rein objektiv [...] einen ganz festen Platz hat« (I BMU1). Diese Regierungspraxis ist allerdings nicht Ausdruck einer grundlegenden Selektivität der Bundeskanzlerin zugunsten der grauen Akteure, sondern sie verteidigt deren Interessen als Teil der dominanten Kapitalfraktionen. Deswegen haben die Spitzen der Exekutive versucht, dem monopolistischen Energie- und Industriekapital so viele Zugeständnisse wie möglich zu organisieren, so dass gerade noch gewährleistet ist, dass die grünen Akteure befriedet werden können (vgl. 5.3.2., 5.3.3, 5.4.2 und 5.4.3).

Zwar hatte die Regierung die Energiemonopolisten zeitweise aus ihrem Machtkreis ausgeschlossen. Allerdings wandte sich ihre Selektivität nicht nur bald wieder den Konzernen zu, sondern sie hatten auch die ganze Zeit eine große Bedeutung in den Überlegungen von Merkel und ihren Vertrauten.

6. Die Dynamik der energiepolitischen Hegemoniekonflikte

Ob nach Fukushima informelle Gespräche mit ihnen stattgefunden haben, lässt sich nicht überprüfen. Das ist aber auch zweitrangig, weil es darum geht, dass der graue Blocks in seiner Gesamtheit weiterhin auf dem Terrain des Staates präsent war, weil er im gesellschaftlichen Kräfteverhältnis nach wie vor eine starke Position hatte. Es gab eine Entsprechung der Strategien von Regierung und konventioneller Energiewirtschaft. Die Exekutive berücksichtigte deren langfristige Interessen in ihrer neuen Energiepolitik. Das wird daran deutlich, dass zwischen Kanzlerin Merkel und der BDEW-Hauptgeschäftsführerin Müller, die vormals zum engsten Führungszirkel um Merkel gehört hatte, eine intensive Abstimmung stattfand. Allerdings darf auch dieser Umstand nicht dahingehend missverstanden werden, dass Müller nur im Sinne eines klassischen Lobbyings Einfluss auf die Bundeskanzlerin genommen hätte. Vielmehr hat die BDEW-Strategie zum gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnis beigetragen bzw. die politischen Richtungswechsel in BDEW und Regierung haben sich gewissermaßen gegenseitig bestärkt und ermöglicht (Bauchmüller/Braun 2011; I BDEW; I BMU2; I FDP; I VKU1).

In der Konsequenz unterstützte die Regierungsspitze die Strategie des grauen Projekts, dass die bisher dominanten Träger*innen der Energieversorgung und der industriellen Produktion ihre Macht behalten. Sie bemühte sich darum, dass sich die Kräfteverschiebungen zwischen den Kapitalfraktionen in einem kontrollierten Rahmen vollziehen und dass der Umbau der Stromversorgung unter einer erneuerten Dominanz der grauen Kapitale innerhalb der deutschen Bourgeoisie stattfinden kann. Das beinhaltete, das zentralistische, grundlastbasierte Energieregime möglichst lange zu erhalten und das

deutsche Exportmodell zu fördern. Die Zugeständnisse an die grauen Akteure im Rahmen des energiepolitischen Kompromisses manifestierten sich in konkreten Politiken zur Regulierung der Atomenergie, der erneuerbaren Energien und der fossilen Kraftwerke. Darüber hinaus wird in der Regierungspolitik eine starke Privilegierung des zentralen Paradigmas deutlich, zumal sie versucht, im Interesse der grauen Kräfte die hergebrachten zentralistischen Strukturen des konventionellen Energieregimes zu erhalten. Das zeigt sich in den Politiken, die große Kraftwerkstypen und überregionale Stromnetze begünstigen, und auch in dem Bemühen, die energiepolitischen Kompetenzen auf Kosten der subnationalen Apparate auf der Bundesebene zu konzentrieren. Die Regierungspolitik privilegierte aber nicht nur Stromkonzerne und Industrie, sondern trug auch zu einer erneuten Schwächung der grünen Akteure bei.

Transformation und Marginalisierung des grünen Projekts

Das grüne Projekt veränderte sich in dieser gesellschaftlichen Dynamik selbst (vgl. 5.3.2). Der vorherrschende Energiekonsens verstärkte die Veränderungstendenzen innerhalb des grünen Blocks, indem er die dort vorhandenen Zentrifugalkräfte beschleunigte. Auf der einen Seite gelangte die Fraktion der ökologischen Modernisierung wieder in eine dominante Rolle innerhalb des Projekts. Die moderaten grünen Akteure orientierten auf eine engere Zusammenarbeit mit der gemäßigten Opposition, einen Konsens mit Teilen der herrschenden Kräfte und eine Mitgestaltung der dominanten Energiepolitik im Rahmen der herrschaftlich verfassten Zivilgesellschaft. Ohnehin teilten sie die abgeschwächten Inhalte der herrschen-

6.3 Das neue gesellschaftliche Kräfteverhältnis nach Fukushima

den Kompromisspolitik (I NFD). Auf der anderen Seite erfuhren die Akteure der emanzipatorischen Fraktion, die auf eine fortgesetzte Mobilisierung für eine umfassende sozial-ökologische Transformation setzten, eine relative Marginalisierung (vgl. 5.3.3). Die ausgesprochene Schwäche radikaler Aktionsformen war zudem Ausdruck der grundlegenden Konsensorientierung in breiten Teilen der atomkritischen Bevölkerung (I AAG; I IL). Die Bewegungskerns blieben aktiv, aber die Bewegung in ihrer Breite wurde befriedet und der Bewegungszyklus ist zu einem Ende gekommen (I A; I NFD).

Strategische Differenzen zwischen den verschiedenen Spektren der Anti-Atom-Bewegung führten zu Rissen innerhalb des grünen Akteursspektrums. Darüber hinaus war der erweiterte grüne Block, der zu Zeiten der Laufzeitverlängerung eine geschlossene Akteursfront bildete, von einer Heterogenisierung gekennzeichnet. Das lag nicht zuletzt an seiner politischen Erfolg nach Fukushima:

Ich glaube, solange es darum ging, den Atomausstieg zu befördern und mal ganz generell eine andere Energiepolitik zu fahren, da sind solche Bündnisse natürlich viel einfacher, weil sie sich gegen ein Gemeinsames, gegen einen gemeinsamen Gegner richten. Jetzt ist es natürlich [...] deutlich schwieriger, weil jetzt differenziert sich das aus und jeder verfolgt andere Zielsetzungen. (I VZBV)

Darüber hinaus geriet der grüne gesellschaftliche Block durch die grauen Gegenstrategien insgesamt wieder in die Defensive, nachdem er zuvor noch die grauen Kräfte politisch vor sich hergetrieben hatte. Auf Grundlage ihrer defensiven Stärke konnten die grünen Akteure bis auf Weiteres ihre

Errungenschaften gegen die Angriffe verteidigen. Aber sie fanden keine politische Antwort auf die neue graue Strategie, die es ihnen ermöglicht hätte, neue Kräfte zu sammeln und das Heft wieder in die Hand zu nehmen. Deshalb büßte das grüne Projekt in diesen Auseinandersetzungen an Rückhalt in der diskursiven, strategischen und populären Dimension ein. So verlor die grünen Akteure als ursprünghche Träger*innen von Energiewende und Atomausstieg teilweise die Kontrolle über ihre eigenen politischen Projekte. Im Feld der Atompolitik hielt zwar der neue Atomkompromiss und die grauen Akteure sahen bis auf Weiteres von einem Angriff ab. Aber schon bei der Aushandlung der großen EEG-Novelle 2011 fanden sich die grünen Akteure in einer defensiven Situation wieder (vgl. 5.4.2). Gegen die folgenden ideologischen Angriffe auf die Energiewende waren sie sogar noch schlechter aufgestellt (vgl. 5.4.3). In diesen Abwehrkämpfen wurden sie je nach Fachfrage von wechselnden unabhängigen Bündnispartner*innen wie VKU, VZBV und DGB unterstützt.

Die geschilderten Veränderungsprozesse des grünen Blocks schlugen sich in den Staatsapparaten nieder und wurden von diesen zugleich verstärkt. Auch zwischen grünen Akteuren und ihren verbündeten (Sub-)Apparaten entstanden Konflikte (vgl. 5.3.2 und 5.4.2). So tat sich an der Frage, ob die beiden Oppositionsparteien dem Atomkompromiss und dem Energiepaket zustimmen sollen, ein Riss auf, der quer durch das grüne Akteursspektrum ging. Ähnlich wie zu Zeiten des rot-grünen Atomausstiegs unterstützten nur die pragmatischen grünen Akteure wie beispielsweise DUH, WWF und das Öko-Institut die Linie der beiden Parteien, während es zu einer relativen Distanzierung zwischen der Mehrheit des grünen Blocks und der parla-

6. Die Dynamik der energiepolitischen Hegemoniekonflikte

mentarischen Opposition kam. Trotzdem haben die grünen Akteure (ungewollt) zum temporären politischen Aufschwung der Oppositionsparteien beigetragen (I NFD). Damit verstärkten die Parteien die Ausdifferenzierung des grünen Projekts, indem sie die homogene Anti-Atom-Front zugunsten einer verstärkten Zusammenarbeit mit den Regierungsapparaten vernachlässigten. Insbesondere durch die Zustimmung von Bündnis 90/Die Grünen zum neuen Atomkompromiss verloren nicht nur weitergehende Anti-Atom-Positionen eine wichtige Repräsentantin in den Staatsapparaten, sondern es verbreitete sich auch die kollektive Auffassung, dass die Bewegung den Atomkompromiss akzeptiert habe und der Atomkonflikt gelöst sei.

Die Politik von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zeigte eine grundlegende Konsensorientierung, die jenseits wechselnder Regierungskonstellationen auf die enge und langfristige Einbindung in die staatlichen Führungskreise bzw. die von der Union dominierten *interparteilichen Netze* verwies (vgl. 3.1.2). Nachdem entlang der Laufzeitverlängerung zeitweise eine scharfe Konfrontation zwischen den Parteien entstanden war, orientierten sie sich mit der neuen Energiepolitik wieder grundsätzlich auf Kooperation und arbeiteten in die gleiche Richtung. Indem die grünen politischen Projekte grundsätzlich von einer parteiübergreifenden Allianz getragen wurden, erreichten sie zwar eine Qualität der Hegemonie in den Staatsapparaten. Aber Atomausstieg und m.E. auch Energiewende wurden eben in ihren vorherrschenden Formen konsensual. Hinter den Kontroversen zwischen den grünen Kräften stand die grundsätzliche strategische Frage, ob der Atomkonflikt fortgeführt werden soll, um die weitergehenden atompolitischen Ziele des grünen Projekts

erreichen zu können, oder ob es geboten sei, die herrschende Form des Atomausstiegs politisch mitzugestalten und seine Umsetzung abzusichern.

Die Linke sprach sich zwar auch gegen die Laufzeitverlängerungen und nach Fukushima für einen beschleunigten Atomausstieg aus. Sie stimmte sich dabei eng mit Anti-Atom-Akteuren ab. Von vielen grünen Akteuren wurde sie aber aufgrund ihrer mangelnden Machtperspektive weniger ernst genommen. In der Öffentlichkeit wurde sie nicht als politische Alternative anerkannt und an den Aushandlungen zur neuen Atompolitik war sie nicht beteiligt. Ihre Rolle bestand eher darin, die emanzipatorische Fraktion des grünen Projekts und deren soziale Basis zu vertreten. Entsprechend der gesellschaftlichen Schwäche der progressiven Anti-Atom-Kräfte fungierte die Linke zusammen mit minoritären Kräften von SPD und Bündnis 90/Die Grünen als relativ marginales Widerstandszentrum innerhalb der Staatsapparate.

Außerdem unterstützte das Bundesumweltministerium zwar als zentraler grüner Apparat grundsätzlich die Strategien der grünen Akteure. Aber es hat traditionell eine größere relative Autonomie gegenüber gesellschaftlichen Kräften als etwa das Wirtschaftsministerium. Vor diesem Hintergrund betrieben Teile seines Staatsapparats in den letzten Jahren die Transformation der Energiewende und arbeiteten dabei mit grauen Apparaten wie dem BMWi zusammen. Das ist vor allem durch eigene ideologische Motive der betreffenden Beamten zu erklären, die von der Sinnhaftigkeit der Veränderungen überzeugt waren. Die grünen Akteure hatten wachsende Schwierigkeiten, Zugang zum Ministerium zu finden. Es entstanden zunehmend Konflikte um die Ausgestaltung der Energiewende, während zum Atomausstieg ein

6.3 Das neue gesellschaftliche Kräfteverhältnis nach Fukushima

weitgehender Konsens bestehen blieb. In der Konsequenz beförderte das Umweltministerium mit seiner Politik teilweise graue Strategien zur Energiewende und schwächte entschiedenere Ansätze grüner Kräfte. Das wurde vor allem in den Auseinandersetzungen um die große EEG-Novelle 2011 deutlich (vgl. 5.4.2 und 5.4.3).

Ferner wurden auch die staatlichen Bastionen des grünen Blocks nach der Verabschiedung des Energiepakets wieder geschwächt (vgl. 5.4.2 und 5.4.3). Zwar konnten sie im Wesentlichen die etablierte Qualität des EEG verteidigen. Aber sie wurden innerhalb des staatsapparativen Gefüges relativ marginalisiert und verloren ein Stück weit die Verfügung über die Regulierung von Energiewende und Atomausstieg, die sie ursprünglich selbst im Staat vorangebracht hatten. Sie wurden tendenziell aus den wichtigen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen und dienten eher als Widerstandszentren grüner Kräfte. Durch diese Prozesse wurde andersherum auch die prekäre Situation grüner Akteure in der Zivilgesellschaft verschärft, weil sie potente Adressat*innen in den Staatsapparaten verloren.

Die Umweltpolitiker*innen in Union, FDP und SPD waren durch die Eile des Gesetzgebungsprozesses zum Energiepaket überfordert und vom allgemeinen Niedergang der Umweltflügel betroffen. Die Aufwertung relativ neuer, grau geprägter Behörden wie der Bundesnetzagentur oder dem Bundesamt für kerntechnische Sicherheit ging außerdem zulasten traditionell grüner Hochburgen in den Staatsapparaten wie dem Umweltbundesamt, dem Bundesamt für Strahlenschutz und dem Bundesamt für Naturschutz. Diese wurden bewusst von der Regierungsspitze abgewertet (I BUND). Vor allem wurde auch die Basis des Umweltministeriums als

Bastion des grünen Projekts – nicht aber die Hausleitung – relativ marginalisiert. Gerade die abwartend-moderierende Strategie Altmaiers, sein taktisches Verhältnis zur Energiewende und die relative Distanzierung zwischen Ministeriumsspitze und -personal führten dazu, dass die grünen Kräfte im Apparat ihre frühere Kampfkraft verloren und dem Vormarsch der grauen Apparate wenig entgegenzusetzen konnten. Denn die Hausleitung reagierte nur noch defensiv auf Vorstöße der grauen Kräfte, versuchte das Errungene zu verteidigen, aber agierte nicht mehr wie in früheren Jahren strategisch-offensiv. Dadurch konnten staatliche Hochburgen des grauen Projekts wie das Wirtschaftsministerium die Initiative übernehmen (I BMU2; I GRÜNE2).

Unter Rot-Grün gab es den Kampf zwischen Wirtschaftsministerium und Umweltministerium genauso. Clement und Trittin [...] waren auch verfeindet. [...] Also gab es einen Kampf. Das BMU, das Umweltministerium, ist aber ganz oft als Sieger aus dem Kampf hervorgegangen und hat seine Kompetenzen, seine Möglichkeiten verbreitert, weil es hartnäckig und argumentativ gut vorbereitet war und seine Position durchgesetzt hat – an vielen vielen Punkten. Das ist damals gelungen, weil jemand vorne auch gekämpft hat. Gabriel hat das auch in gewisser Weise für seine Sachen gemacht. Und dann kamen Leute wie Röttgen oder Altmaier, die diesen Kampfeswillen offensichtlich nicht haben. Und das Ministerium selber ist nicht mehr die treibende Kraft, die jede Woche oder jeden Monat mit neuen, besseren Vorschlägen aufwartet, sondern die eher verwaltet, diskutiert und sich zurückhält. Und das heißt, wenn man an dem Punkt nachlässt, dann gewinnen die Gegner Oberhand. (I GRÜNE2)

6. Die Dynamik der energiepolitischen Hegemoniekonflikte

Anders als die BMU-Basis sind die Umweltminister Röttgen und Altmaier sowie ihr Führungsstab (insbesondere die Staatssekretär*innen) nicht zu den grünen, aber auch nicht zu den grauen staatlichen Kräften zu zählen. Denn ihre Politik drückte ein rein taktisches Verhältnis zur Energiepolitik aus und entsprach vielmehr der Machtlogik der Regierungsspitze. Allerdings verfolgte der Kreis um Röttgen wohl in erster Linie eigene Machtinteressen und war nicht Teil von Merkels Machtzentrum, wohingegen Altmaier zu den engsten Vertrauten der Bundeskanzlerin gehörte. Zwar folgte ihre strategische Selektivität in der Regel den wechselnden Kräfteverhältnissen zwischen den beiden Projekten. Doch daraus kann nicht geschlussfolgert werden, dass die gesellschaftlichen Kräfte sich unmittelbar in sie einschreiben konnten. Ihre jeweilige Politik ist in erster Linie aus ihrer eigenen institutionellen Logik zu erklären.

Im Gegensatz zur Machterosion der grünen Apparate auf Bundesebene blieben die Landesregierungen mächtige Widerstandszentren des grünen Projekts im Staatsapparate-Ensemble. Sie vollzogen zumeist die Renaissance grauer Strategien nicht mit, sondern hielten an ihren ökologischen Modernisierungsprogrammen fest. Die Regierung musste jeweils auf ihre Interessen Rücksicht nehmen bzw. bezog sie bewusst in ihre Energiepolitik mit ein. In jedem Fall, in dem eine grau motivierte Policy verhindert oder eingeschränkt werden konnte, spielten die Bundesländer eine zentrale Rolle.

Die Schwäche des grünen Projekts kommt schließlich auch darin zum Ausdruck, dass die energiepolitische Kehrtwende der Regierung kein Hinweis auf eine nachhaltige Orientierung an den Strategien des grünen Projekts ist. Vielmehr ist sie Ausdruck ei-

ner Rückbesinnung auf die asymmetrische Demobilisierung im Feld der Energiepolitik. Gerade dadurch, dass die Regierung grüne Themen aufgriff, zielte sie darauf, die Polarisierung in der Energiepolitik abzubauen und die Auseinandersetzung darum zu entpolitisieren, die grünen Akteure zu passivieren und ihre soziale Basis wieder zu demobilisieren. Die Bundeskanzlerin hat selbst die Führung über die ökologische Modernisierung der Energiepolitik übernommen, um die artikulationsfähigen Ansprüche in der Bevölkerung zu befrieden. Sie wollte vermeiden, dass die grundlegenden Machtstrukturen in der Stromversorgung und in der deutschen Gesellschaft infrage gestellt werden. Auf diese erfolgreiche Herrschaftstechnik wies ein Mitglied der Regierungskoalition hin: »Das war deutlich zu erkennen ein politischer Mechanismus, der geradezu klassisch ist: Wenn man erkennt, dass eine Entwicklung nicht zu bremsen ist, setzt man sich an die Spitze« (I CSU). Außerdem wurde sie auch von einem Aktivisten der Anti-Atom-Bewegung erläutert:

Merkel hat [es] in einer perfekten Art geschafft, indem sie sich in den Bereichen, wo es nicht mehr ging, nämlich beim Energieträger, an die Spitze der Bewegung gesetzt hat, [zu verhindern] eine grundsätzlich gesellschaftsverändernde Dynamik in Gang zu setzen. Und anders [als] Despoten, die manchmal nicht mehr erkennen, wo es langgeht, hat sie als jemand, die ein sehr feines Gespür hat, was in diesem Lande abgeht, verhindert, dass Anti-Atom dafür dienen konnte, ganz andere Dinge noch in Gang zu setzen. Das hat sie perfekt gemacht und hat damit einem Teil dieses sich als Massenphänomen prägenden Widerstandes einfach die Spitze genommen. Exzellent. Note Eins. (I NFD)

6.3 Das neue gesellschaftliche Kräfteverhältnis nach Fukushima

Zwar fanden die Anti-Atom-Akteure keinen Ansatz, diese Machttechnik grundsätzlich auszuhebeln, aber sie versuchten, sie durchaus reflexiv in ihre eigenen Strategien einzubauen (I A, I AAG, I NFD). Diese Konstellation beschrieb ein Aktivist der Interventionistischen Linken:

Das heißt, wir haben bis zur letztendlichen Ausformulierung, wie viele Meiler bleiben, wie viele bleiben nicht, ein bestimmtes Zeitfenster, in dem die Bewegung die Aufgabe hat, den Druck zu erhöhen, um realpolitische Erfolge zu erreichen. Das heißt, das, was die Regierung machen muss, um den Protest ruhig zu stellen, [macht sie]. Weil das war unsere Analyse, was da passiert. Die Regierung macht genau das, geht so weit, dass sie das noch verkaufen kann und den Hauptteil der Bewegung zufrieden stellt. Das heißt, es ging darum zu gucken, wie kann man jetzt nochmal eine Dynamik erzeugen, die das hochtreibt, was sie machen [muss]. (I IL)

Trotz der defensiven Stärke der grünen Akteure trug die Regierung mit ihrer Politik wesentlich dazu bei, dass sich das grüne Projekt wandelte, Risse im grünen Block entstanden und die pragmatischen Akteure darin auf Kosten der emanzipatorischen Kräfte gestärkt wurden. Und es waren nicht vorrangig die grauen Akteure, sondern die zentralen Kräfte der Regierung, die die grünen Akteure und Apparate gezielt schwächten und in die Defensive drängten.

Auch auf der Ebene des Parteiensystems war die Strategie der Bundesregierung ein typisches Beispiel für die asymmetrische Demobilisierung. Sie raubte den Oppositionsparteien ihr Thema, indem sie es selbst übernahm, um zu verhindern, dass sie damit ihre Basis mobilisieren kön-

nen. Ferner ging es ihr darum, ihre eigene Mehrheitsfähigkeit zu sichern, ohne dass sie sich dabei von eigenen programmatischen Inhalten leiten ließ. Das wird durch eine Anekdote verdeutlicht, die der Staatssekretär Jürgen Becker (BMU), der selbst unmittelbar in die Entwicklung der neuen Energiepolitik involviert war, laut einem Interviewpartner bei einem informellen Treffen zu ihrer Begründung erzählt haben soll:

»Wissen Sie, ich komme aus der Kommunalpolitik und in meinem Landkreis hat die CDU immer über fünfzig Prozent, sie hat immer die absolute Mehrheit. Und wissen Sie, wie wir das machen? Wir lassen keine konträren Themen zu. Wir passen uns immer dem an, [womit] die Opposition punkten will. Natürlich werden die acht AKWs abgeschaltet bleiben. Wir werden doch den Grünen und der SPD gar keine Möglichkeit geben für einen Angriff.« Das war die Begründung. Das war keine Begründung Unsicherheit. Das war keine Begründung, wir wollen Energiewende, wir brauchen die nicht. Das war keine Begründung, wir brauchen die nicht für Versorgungssicherheit. Das war eine parteipolitische Begründung für eine fachpolitische Entscheidung. Und das findet man relativ oft bei der Union. (I BEE2)

Darüber hinaus arbeitete die Regierung aktiv darauf hin, die beiden Parteien in ihre neue Energiepolitik einzubeziehen. Das betraf vor allem die Zustimmung zum Atomkompromiss, aber auch die anderen Gesetzesvorhaben in der Atom- und Erneuerbare-Energien-Politik (I CDU; I FDP; I LINKE) (vgl. 5.3.2 und 5.4.2). Weil insbesondere Bündnis 90/Die Grünen nach Fukushima einen starken Zuspruch erhielten, entschied sich Merkel die beiden Opposi-

6. Die Dynamik der energiepolitischen Hegemoniekonflikte

tionsparteien in den Energiekompromiss zu integrieren, indem sie ihnen begrenzte Zugeständnisse machte. Das Ziel der Bundeskanzlerin war, deren Auftrieb auszubremsen und zu verhindern, dass sie mit einer konfrontativen Politik weiter Terrain gewinnen können (I SPD1). Ferner musste die Regierung ihre Politik an der Ökonomie messen lassen, weil diese mit Atomausstieg und Energiewende assoziiert wurde. Sie musste sie für die Zustimmung zur Atomgesetznovelle gewinnen, um gewissermaßen den Segen der legitimen Vertreterin des grünen Projekts zu bekommen. Andererseits wollten Bündnis 90/Die Grünen ihr eigenes Kernthema verteidigen. Sie dachten, sich als regierungsfähige *Partei der Macht* ungläubwürdig zu machen, wenn sie nicht zustimmen (Denkler 2011a; Denkler 2011b). Und sie hofften, mit dem positiven Votum im Bundestag die grünen Forderungen als ihre eigenen zu reklamieren (I GRÜNE2).

Interessanterweise verfolgten also beide Parteien mit ihrer Konsensstrategie bei der Ausstiegspolitik das Ziel, sich selbst als eigentliche Repräsentantinnen ihres Inhalts darzustellen. Dieses Ringen kann als Kampf darum interpretiert werden, wer die ideologische Führung der politischen Projekte Atomausstieg und Energiewende innehat. Diesen Konflikt dürfte die Union gewonnen haben. Sie hat die Opposition in untergeordneter Weise in ihre neue Politik eingebunden und sich in gewisser Weise durch die Zustimmung von Bündnis 90/Die Grünen deren Legitimation angeeignet, so dass sie nun selbst für die grüne Politik steht. Seit dem Energiepaket 2011 fällt es den Oppositionsparteien schwer zu verdeutlichen, dass sie in der Energiepolitik noch etwas anderes wollen als die Union (I LINKE; I SPD1). Ein Politiker der CSU schilderte diesen Prozess:

Ich denke [...], wenn eine Aufgabe in einer großen Volkspartei angekommen ist und diese sich um die Umsetzung bemüht, dann ist das in der Breite der Gesellschaft. Das sieht man ja schon daran: Wir wollen fünfzig Prozent plus X erreichen von der CSU und die Grünen fünfzehn plus X. Das heißt, wir haben in der CSU schon noch eine ganz andere Breite. Und deswegen ist es so wertvoll, dass gesellschaftliche Entwicklungen von kleinen Gruppen aufgegriffen werden, aber irgendwann dann [...] von den Volksparteien übernommen werden und dann erst so richtig in [der] Breite umgesetzt werden. Das ist bei der Energiewende klassisch der Fall. (I CSU)

Ein ähnlicher Konflikt zeigte sich auch in Baden-Württemberg, seitdem Bündnis 90/Die Grünen und die SPD die Landesregierung stellten. Diese machte dort auf der diskursiven Ebene der CDU offensiv die Vertretung des *bürgerlichen Lagers* streitig (I GRÜNE BW). Anders als auf Bundesebene gelang es der Union jedoch in diesem Fall nicht, ihre Gegner*innen zu passivieren. Deswegen war Baden-Württemberg vielleicht die einzige schmerzliche Niederlage und das einzige wirkliche Problem für Merkel, das aus den energiepolitischen Konflikten entstand. Deswegen versuchte sie zu verhindern, dass die Landesregierung allzu erfolgreich ist, Bündnis 90/Die Grünen noch mehr Gewicht bekommen und die grün-rote Regierung ein alternatives Modell für Deutschland entwickelt.

Dennoch gelang es der Union insgesamt, ihre Stellung als einzige dominante Staatspartei zu verteidigen und ihre Führung im Parteiensystem wiederherzustellen. Im Rahmen der asymmetrischen *interparteilichen Netze* integrierte sie die Opposition in ihre Konsensstrategie (vgl. 3.1.2). Dadurch schwächte die Kanzlerin die

von diesen Parteien vertretenen grünen Kräfte und band zugleich die einflussreichen grünen Akteure stärker an sich, auch wenn sie nicht substanziell deren Strategien internalisierte. Auch das Agieren der Regierung in den Auseinandersetzungen um Kohle- und Gaskraftwerke trug dazu bei, einen substanziellen Fortschritt des grünen Projekts zu verhindern.

6.4 Die umkämpfte Regulation fossiler Kraftwerke

Die Auseinandersetzungen zwischen den beiden gesellschaftlichen Blöcken um den politischen Umgang mit Kohle- und Gaskraftwerken folgte nicht der nachgezeichneten Dynamik von Offensiven und Defensiven in der Erneuerbare-Energien- und Atompolitik. So waren die Kämpfe kleinteiliger und wurden vor allem um neue Kohlekraftwerke geführt. Diese Kämpfe brachten keinen klaren Gewinner hervor, sondern zeigten, dass der Konflikt zwischen den beiden Hegemonieprojekten weiterhin offen ist (vgl. 5.5).

Insbesondere die Stromkonzerne setzten sich im grauen Block vehement dafür ein, dass die Kohlewirtschaft fortgesetzt und ausgebaut wird, da ihre Geschäftsgrundlage unmittelbar davon abhängt. Zwar konnten sie nicht auf eine Hegemoniefähigkeit dieser Position aufbauen. Aber die traditionellen Kohle- und Industrieregionen bilden Bastionen des grauen Projekts. Und die mit diesen ökonomischen Strukturen verbundenen Beschäftigten und die Einwohner*innen in den betreffenden Orten formen eine soziale Basis des grauen Projekts und gewähren ihm eine räumlich begrenzte Hegemonie. Weil auch VKU, BNE und die Gewerkschaften fossilistische Strategien verfolgten, konnte der graue Block in diesem Feld mehrere unabhängige Ver-

bündete für sich gewinnen. Vor diesem Hintergrund ist die oben bereits erwähnte Strategie grauer Akteure nach Fukushima zu verstehen, sich für eine Renaissance der Kohle einzusetzen. Dagegen versuchte die Anti-Kohle-Bewegung, ein Revival der Kohle durch die Verhinderung neuer Kohlekraftwerke zu unterbinden und insgesamt auf einen mittelfristigen Ausstieg aus dem fossilen Energieträger hinzuwirken. Dabei wurde sie von einer gewissen Hegemonie gegen die Kohlewirtschaft gestärkt. Außerdem profitierte sie davon, dass die Bedingungen auf den subnationalen Scales, die für die Konflikte um fossile Energie-Infrastrukturen entscheidend sind, trotz der traditionellen sozialen Basis des grauen Projekts eine strategische Selektivität zu ihren Gunsten aufwiesen.

Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die Kohle- und Gaswirtschaft verdichteten sich ebenfalls in den Staatsapparaten. Allerdings gibt es keine einheitliche Kohlegesetzgebung auf nationalstaatlicher Ebene, auf die sich die Kohlekonflikte im Staat konzentrieren könnten, sondern die kohlepolitischen Regulierungen sind über verschiedene staatliche Scales verstreut. Die Konfliktlinie innerhalb des Staates verläuft zwischen den grauen und den grünen Kräften. Die kohlefreundlichen Akteure profitieren vor allem auf nationaler Ebene von einer sie privilegierenden Selektivität der Staatsapparate. Neben den typischen grauen Parteien und (Sub-)Apparaten, die die oben angesprochene kohlepolitische Offensive nach Fukushima aufgriffen, finden sie auch bei der Linken und bei Bündnis 90/Die Grünen minoritäre Verbündete. Die subnationalen staatlichen Strukturen in den traditionellen Kohleregionen unterstützen sie ebenfalls. Die kohlekritischen Kräfte haben ihre Ansprechpartner*innen

6. Die Dynamik der energiepolitischen Hegemoniekonflikte

hingegen auf nationaler Ebene in den klassischen grünen Parteien und Apparaten – aber zum Beispiel auch in Teilen der CSU. Doch ihre eigentliche Stärke liegt in der grünen Selektivität subnationaler Räume. Dort konnten sie ihre Strategien immer wieder in die lokalen und regionalen Staatsapparate einschreiben und so konkrete Kraftwerksprojekte verhindern. In der Energiepolitik der siebzehnten Legislaturperiode lassen sich schließlich auch einige typische Elemente des Merkelismus wiederfinden.

6.5 Elemente des Merkelismus in der deutschen Energiepolitik

Die Spitzen der Exekutive bearbeiteten die energiepolitischen Auseinandersetzungen in einer speziellen Form. Diese vertiefte zum einen die postdemokratischen Muster der Regierungspolitik und ließ zum anderen ein rein taktisches Verhältnis zur Energiepolitik erkennen.

Autoritarisierung in der neuen Energiepolitik

Auch wenn kurzzeitig die relative Autonomie der Regierungsspitze gegenüber den gesellschaftlichen Kämpfen nachließ und die Regierung subalterne Forderungen aufnehmen musste, darf dieser Vorgang nicht im Sinne einer tatsächlichen demokratischen Partizipation verstanden werden. Vielmehr entsprachen die Entscheidungsprozesse dem Muster einer leader democracy, die nur auf eine Output-Legitimierung setzt. Die Bundeskanzlerin griff die gesellschaftlichen Ansprüche auf, gerade um ihre eigenständige demokratische Artikulation zu verhindern und die Bevölkerung als wieder passivierte zufriedenzustellen. Die energiepolitische Kehrtwende war also keine Ausnahme oder ein Gegen-

beweis gegen die Postdemokratie, sondern ein wichtiges Beispiel für ihre spezifisch bonapartistische Form in Deutschland. Dabei berücksichtigte die Regierungsspitze zwar die langfristigen Interessen der verschiedenen herrschenden Kräfte, schwächte aber auch bis zu einem gewissen Grad deren eigenständige Initiative und ordnete sie ihrer politischen Führung unter (vgl. 7.1.2).

In gewisser Weise wurden die Momente der Autoritarisierung im Merkelismus nach Fukushima sogar noch intensiviert (vgl. 5.3.1, 5.3.2 und 5.4.2). Zwar setzte die Regierung auch schon die Laufzeitverlängerung autoritativ und in einem stark beschleunigten Gesetzgebungsverfahren durch, aber Merkel bezog zumindest noch die Regierungsfaktionen in den Prozess ein (I BMU2; I LINKE). Die grundsätzliche Entscheidung zum neuen Atomkompromiss traf dagegen der engste Führungskreis um die Bundeskanzlerin unmittelbar nach dem Super-GAU in Japan. Ebendieser Zirkel legte auch die wesentlichen Eckpunkte des energiepolitischen Kompromisses fest. Solche Prozesse verdeutlichen die Machtkonzentration und relative Verselbständigung der Regierungsspitze in der merkelischen Spielart des autoritären Etatismus. Auch in der folgenden Ausarbeitung und Verabschiedung der Gesetze behielt sie die Kontrolle und setzte die Beschlüsse autoritativ in den Regierungsfaktionen und -parteien durch, ohne dass dort eine intensive Auseinandersetzung über die politische Neuausrichtung stattfand:

Bei den Energiewendebeschlüssen nach Fukushima haben die Fraktionen keine Rolle mehr gespielt. Das war dann: Die Exekutive regiert und Kauder verkauft das den Leuten [...]. Und das war ganz klar nach dem Motto, die Parteivorsitzende sagt: »Ich muss das ma-

6.5 Elemente des Merkelismus in der deutschen Energiepolitik

chen, damit ich die strukturelle Mehrheitsfähigkeit der Union behalte. Und da müsst ihr jetzt springen. Punkt.« (I BMU2)

In der Erneuerbare-Energien-Politik konnten zwar untergeordnete Apparate stärkeren Einfluss auf die Ausgestaltung der Gesetzesvorhaben nehmen. Daraus lässt sich jedoch nicht schlussfolgern, dass die soeben dargestellte Machtkonzentration in der Regierungsspitze dadurch relativiert würde. Denn sie behielt in dem ganzen Prozess die Kontrolle über die grundlegende Richtung der Politik. Außerdem lässt sich dieses Phänomen auch so verstehen, dass die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse sich weniger unvermittelt in den Spitzen der Exekutive kristallisierten, sondern bereits auf untergeordneten staatlichen Ebenen auf Resonanz trafen bzw. die Brennpunkte der Auseinandersetzungen sich dort konzentrierten, während die Regierungsspitze ihre relative Autonomie besser bewahren konnte.

Anhand dieser Vorgänge wird deutlich, dass CDU und CSU Merkmale *postdemokratischer Parteien* tragen. Darüber hinaus konnte die CDU nicht nur die anderen Parteien wieder ihrer Führung unterordnen, sondern sie marginalisierte auch gezielt jene grünen Apparate, die sich ein Stück weit ihrem Zugriff entzogen. Bei der Erarbeitung des Energiepakets führten die gegenüber der Laufzeitverlängerung noch einmal beschleunigten Gesetzgebungsprozesse in Kombination mit dem enormen Umfang der Gesetzestexte dazu, dass das Personal in den Staatsapparaten und viele gesellschaftliche Akteure überfordert waren und kaum Einfluss nehmen konnten. Auf diesem Wege verschaffte sich die Regierung also die Möglichkeit, ihre Politiken ohne nennenswerte Widerstände durchzubringen. Dieses autoritative Agieren hatte

jedoch keineswegs den Zweck, eigene energiepolitische Ziele zu verwirklichen.

Instrumentelles Verhältnis zur Energiepolitik

Die Regierungsspitze verfolgte ihre Energiepolitik nach Fukushima nicht aus einer eigenen Programmatik heraus, sondern war in erster Linie am Erhalt der eigenen Macht interessiert (vgl. 5.3.2, 5.4.2 und 7.2.1). Sie ist deshalb weder den grünen noch den grauen Kräften im Staat zuzurechnen, sondern bewahrte sich ein weitgehend instrumentelles Verhältnis zur neuen Energiepolitik. Eine Anekdote eines Interviewpartners aus der Zeit des Atommoratoriums verdeutlicht diese Motivationslage:

Da hat dann irgendwann Kauder den bemerkenswerten Satz gesagt: »Wir müssen uns damit arrangieren, die Energiewende zu wollen. Sonst landet ihr [die FDP] unter fünf Prozent und wir unter dreißig Prozent.« Das war die einzige Begründung letztlich. Inhaltlich tragen das neunzig Prozent von CDU und FDP nicht mit. (I BMU2)

Die energiepolitische Kehrtwende markierte das Scheitern der konfrontativen Strategie vom Herbst 2010, die stärker von der Weltauffassung des Konservatismus geprägt war, und die Rückkehr zur Orientierung auf die Mitte. Die Regierungsspitze distanzierte sich von der konservativen Strömung und antizipierte den Bedeutungsgewinn grüner Vorstellungen insbesondere in der Mittelklasse (Braun 2011a; Braun 2011b). Sie passte sich den energiepolitischen Forderungen aus der Bevölkerung an, versuchte aber selbst deren politische Umsetzung zu kontrollieren. So zitierte Stefan Braun in der Süddeutschen Zeitung einen hohen Parteifunktionär der CDU, dass es

6. Die Dynamik der energiepolitischen Hegemoniekonflikte



Ein rein taktisches Verhältnis zur Energiepolitik: Angela Merkel 1995 als Bundesumweltministerin im AKW Lubmin bei Greifswald und ...

mit Blick auf die neue Energiepolitik darum ginge »die bürgerlichen Antworten auf die Fragen der Zukunft [zu] finden« (Braun 2011a).

Aus rein machtpolitischen Gründen vollzog Merkels Führungsqlique den politischen Schwenk und entschied sich, das Thema schnell *abzuräumen* (I BEE2). Bei der Neubestimmung der Energiepolitik folgte sie nicht einer inneren Überzeugung, sondern nur ihrem Opportunismus. Vor diesem Hintergrund moderierte sie den Ausbau erneuerbarer Energien in der Folge nur pragmatisch, trieb ihn nicht eigeninitiativ voran, sondern reagierte nur auf



... 2011 bei der Eröffnung des deutschen Ostsee-Windparks Baltic 1

offensichtliche Störungen seiner Entwicklung (I SPD2; I VZBV). Mittelfristig könnte sie die Energiewende und vielleicht sogar den Atomausstieg wieder infrage stellen, wenn es erneut zu grundlegenden Kräfteverschiebungen kommt. Denn der energiepolitische Kompromiss war Ergebnis des neuen Kräfteverhältnisses nach Fukushima. Aber er beinhaltete nicht eine

wirklich nachhaltige Inkorporierung grüner Strategien in die Regierungspraxis, sondern blieb Ausdruck eines bloß taktischen Verhältnisses zur staatlichen Regulierung der Stromversorgung (I DGB; I SPD2).

Letzteres ließ sich *erstens* im Umgang mit der Reaktorsicherheitskommission und Ethikkommission erkennen. Zum einen hatten beide kaum einen tatsächlichen Einfluss auf die Neuausrichtung der Energiepolitik. Sie sollten nur die politischen Richtungsentscheidungen öffentlich legitimieren, die die Regierungsspitze im Kern schon vorher und unabhängig von ihnen

gefällt hatte. *Zweitens* entbehrte auch die Bündelung der Gesetzesvorhaben im überstürzten Energiepaket einer sachlichen Begründung und zielte nur auf die Zustimmung in der Öffentlichkeit. Das Paket sollte den Eindruck erwecken, dass die Regierung neben dem Atomausstieg auch insgesamt den nachhaltigen Umbau des Energiesystems angeht:

6.5 Elemente des Merkelismus in der deutschen Energiepolitik

Der Grund war natürlich, dass man am fünften Juni im Kabinett nicht bloß nur [die] Atomausstiegsnovelle präsentieren wollte. Da musste dann ein Gesetzespaket rein, das zeigt: »Wir handeln, und zwar nicht nur, indem wir Kraftwerke abschalten, sondern auch, indem wir, was sonst noch dazugehört, um das Energiesystem umzubauen, anpacken.« (I BMU2)

Sowohl die Kommissionen als auch das Gesetzespaket hatten den Zweck, dass die Regierenden die Deutungshoheit über die Energiepolitik und ihre Massenunterstützung zurückgewinnen können. Ein solcher Umgang mit politischen Themen war nicht nur bei der CDU, sondern auch bei der CSU festzustellen.

CSU – die bayerische Spielart des Merkelismus

In der vorliegenden Arbeit lag der Fokus auf der CDU, deren Rolle auch in der Union im Vordergrund stand, während die CSU vor allem bei der Analyse der subnationalen grünen Strategien in Bayern in Erscheinung trat. In Bayern spielt die CSU die Rolle der herrschenden Massenpartei. Durch ihre Verbindung mit der CDU ist sie auch auf Bundesebene an dieser Funktion beteiligt. Ihre dominante Regierungsform ähnelt der des Merkelismus, wobei die christsoziale Partei eine spezielle bayerische Spielart herausgebildet hat. Anders als die CDU ist sie stärker durch eigene programmatische Ziele bestimmt und weist engere Verbindungen zu gesellschaftlichen Strategien, Diskursen und Projekten auf. In den verschiedenen Feldern der Innenpolitik ist sie mehr im Konservatismus verwurzelt, wohingegen sie in der Umweltpolitik eine größere Nähe zum grünen Projekt hat. Im Gegensatz dazu treibt sie zugleich die inhaltliche Beliebtheit der Union in gewisser Weise auf die Spitze, zumal bei

ihr ein hohes Maß an Opportunismus und Orientierung an den eigenen kurzfristigen Machtinteressen festzustellen ist. Das wird insbesondere durch die Person des Parteivorsitzenden Horst Seehofer repräsentiert, der wesentlich für die wechselhafte Politik der CSU verantwortlich ist (I GP). Für die Energiepolitik bedeutet das, dass die CSU-Führung einerseits in Bayern und im Bund stärker die Strategien des grünen Projekts vertrat, aber andererseits auch ein taktisches Verhältnis zu ihnen behielt. Deswegen blieb die Nachhaltigkeit der energiepolitischen Richtungsänderung im Freistaat ungewiss. Im Gegensatz zu den beiden Unionsparteien konnte ihre Koalitionspartnerin, die Freie Demokratische Partei, keine erfolgreiche Machtstrategie entwickeln.

Marginalie – Anmerkungen zum Niedergang der FDP

Obwohl die FDP Teil der Bundesregierung war, spielte sie darin letztlich eine untergeordnete Rolle. Daher werden ihre Führungspersonen in diesem Buch auch nicht zur Regierungsspitze im Sinne des engsten Machtkreises um Merkel gezählt. Im Laufe der Legislaturperiode erlitt die FDP zudem einen sich beschleunigenden Niedergang und Machtverlust. Nicht nur ihre soziale Basis in der Bevölkerung entzog ihr zunehmend die Unterstützung, was sich in ihren miserablen Wahlergebnissen ausdrückte. Darüber hinaus wandten sich auch relevante Kräfte der Herrschenden zusehends von ihr ab und wählten andere Parteien als ihre parlamentarischen Repräsentantinnen.

Die freidemokratische Partei teilte explizit nicht die Regierungsform des Merkelismus, sondern zählte eindeutig zu den grauen staatlichen Kräften und repräsentierte mithin sogar die strukturkonservative Fraktion des grauen Projekts. Sie wies

6. Die Dynamik der energiepolitischen Hegemoniekonflikte

eine geringe relative Autonomie und eine erhebliche strategische Selektivität gegenüber den monopolistischen Kapitalen des grauen Blocks auf, aber hatte eine große Distanz zu den nicht-monopolistischen Kapitalgruppen der Energiewirtschaft. Daraus lässt sich der Schluss ziehen, dass sie objektiv den Wettbewerb bekämpfte. In der Atompolitik setzte sich die FDP für umfangreiche Laufzeiten für die deutschen AKWs ein und fügte sich nur widerwillig dem neuen Atomkompromiss. Insbesondere in der Person des Wirtschaftsministers Rösler führte sie die Angriffe gegen die Energiewende auf dem Terrain des Staates an und machte sich für eine Renaissance der Kohle stark. Mit ihrer partikularen und neoliberalen Politik wurde sie aber in einer rein ökonomisch-korporativen Position gefangen, aus der sie immer weniger einen Ausweg fand. Sie wurde sowohl in der Koalition gezielt von der Unionsführung marginalisiert und auch aus den *interparteilichen Netzen* ausgeschlossen. Die äußere Machterosion und ein innerer Zerstellungsprozess gingen Hand in Hand und verstärkten sich gegenseitig.

6.6 Zwischenfazit: Zum begrenzten Fortschritt des grünen Projekts

Analytiker*innen wie Schreurs, Becker, Radkau und Hahn argumentieren, dass die Katastrophe von Fukushima das Ende der Atomkraft in Deutschland endgültig besiegelt habe und dass sich deswegen die erneuerbaren Energien durchsetzen würden (Becker 2011a; Radkau/Hahn 2013, 353–404; Schreurs 2013). So formulieren Radkau und Hahn optimistisch: »Die Kernkraft hat das alte Charisma der unerschöpflichen Energie längst verloren; dieses Charisma ist auf die

»Renewables« übergesprungen« (Radkau/Hahn 2013, 392). Und auch Becker ist von der Alternativlosigkeit der grünen Technologien überzeugt: »Die vielen Investoren sind nur ein äußeres Zeichen. Dahinter steht eine gesellschaftliche Bewegung, die von der Kraft der Erneuerbaren erzeugt ist. Es handelt sich um die Energie der Zukunft, mit der ein allgemein akzeptiertes Ziel – der Klimaschutz – umgesetzt wird« (Becker 2011a, 313). Während die Atomenergie und auch die Kohlekraft ihre gesellschaftliche Akzeptanz eingebüßt hätten, würden die Erneuerbaren die Öffentlichkeit überzeugen und Engagement, Begeisterung und Erfindergeist in der Bevölkerung wecken. Auf Basis der Erkenntnisse dieser Arbeit können solche Befunde differenziert werden. So lassen die empirischen Entwicklungen insgesamt den Schluss zu, dass die Auseinandersetzungen zwischen grünem und grauem Hegemonieprojekt in der siebzehnten Legislaturperiode eher eine widersprüchliche Bilanz hervorbrachten.

Als ein Ergebnis der Fallstudie lässt sich festhalten, dass schon vor dem Untersuchungszeitraum eine große Zustimmung zum strategischen Ziel des grünen Hegemonieprojekts bestand, die Stromerzeugung auf eine hundertprozentige Vollversorgung mit erneuerbaren Energien ohne Kohle und Atom umzustellen. Ebenso war es breit akzeptiert, dass dieses Ziel mithilfe von Atomausstieg und Energiewende umgesetzt werden soll. Elemente des grünen Projekts konnten sich also teilweise verallgemeinern. Aber die grünen politischen Projekte blieben weiterhin umstritten, wie insbesondere die graue Offensive zu Beginn der Legislaturperiode zeigte. Erst die von Fukushima ausgelöste gesellschaftliche Dynamik führte dazu, dass das strategische Ziel und die politischen Projekte des grünen Hegemonieprojekts grundsätz-

6.6 Zwischenfazit: Zum begrenzten Fortschritt des grünen Projekts

lich als Terrain der Auseinandersetzung anerkannt wurden. Im integralen Staat besteht nun ein Konsens in der diskursiven, strategischen und populären Dimension von Hegemonie zu diesen Prämissen als Korridoren des Möglichen: Sie sind im Alltagsbewusstsein verankert, gelten im öffentlichen Diskurs als alternativlos und werden von den relevanten Akteuren als Handlungsbedingungen in ihre Strategien integriert. Und auch im Staat werden sie als allgemein geteilte Voraussetzungen der Politik akzeptiert. Auf dieser Basis ist das *hegemoniale Potenzial* des grünen Projekts gewachsen.

Umstritten blieb jedoch der Weg, auf dem das strategische Ziel erreicht werden soll. Die Auseinandersetzungen zwischen grauem und grünem Hegemonieprojekt wurden im Wesentlichen auf dem Feld der grünen politischen Projekte ausgetragen. Die Entwicklungen in den einzelnen Teilfeldern der Energiepolitik folgten allerdings einer jeweiligen Eigenlogik. Vor allem der Atomausstieg wird nun als Grundlage der Energiepolitik vorausgesetzt. Darüber hinaus zählt zu den Erfolgen der Regierungsspitze, dass sich zu der von ihr durchgesetzten Form der Ausstiegspolitik ein breiter Konsens herausbildete, so dass andere Interpretationen des politischen Projekts als unvernünftig erscheinen. Die wesentlichen Kräfte im integralen Staat orientieren sich an dem neuen atompolitischen Rahmen. Nur die progressiven Kräfte des grünen Projekts und die strukturkonservative Fraktion des grauen Projekts blieben kritisch. Dagegen war die Ausgestaltung der Energiewende weiterhin viel umkämpfter. Das traf auch für die Regulation von Kohle- und Gaskraftwerken zu, um die nach wie vor zahlreiche Auseinandersetzungen ausgetragen wurden. Energiewende und Atomausstieg wurden als Grundlage

der Energiepolitik allgemein anerkannt, aber um den Preis, dass die grauen Kräfte ihren Einfluss auf den ursprünglich grün dominierten Erneuerbaren-Ausbau ausdehnten und ihn zu ihren Bedingungen veränderten.

Als Synthese lässt sich festhalten, dass die Auseinandersetzungen zwischen grünem und grauem Hegemonieprojekt um erneuerbare Energien und Atomkraft der herausgearbeiteten typischen Doppelbewegung folgten (vgl. 3.1.3). Durch die von Fukushima ausgelösten Umbrüche hat sich ein neues gesellschaftliches Kräfteverhältnis zwischen grünem und grauem Projekt konstituiert. Dieses wurde zwar durch eine situative Konjunktur der Kämpfe hervorgebracht, wies aber wegen den ihm zugrunde liegenden längerfristigen und tiefergehenden molekularen Veränderungen in der Gesellschaft eine gewisse Dauerhaftigkeit und Persistenz auf. Es ist jedoch nicht im Sinne einer stabilen Absicherung oder einer sich selbst tragenden Dynamik, also einer gefestigten Hegemonie zu verstehen. Genauso wenig veränderte sich die strukturelle Kräfteasymmetrie zwischen den zwei sozial-ökologischen Hegemonieprojekten. Das graue Projekt blieb bis auf Weiteres herrschend und das grüne Projekt behielt seine periphere Position. Vielmehr verkörperte das neue Kräfteverhältnis ein relativ stabiles Kompromissgleichgewicht zwischen sozialen Kräften. Deshalb lässt sich von einer *Kräfteverschiebung mittlerer Reichweite* sprechen.

Schließlich liegt die wesentliche Veränderung darin, dass sich die Stellungen der beiden Hegemonieprojekte zueinander verschoben haben. Denn die zwei Projekte haben sich im Zuge der jüngeren energiepolitischen Entwicklungen selbst verändert und sich dadurch in gewisser Weise aufeinander zubewegt und angeglichen.

6. Die Dynamik der energiepolitischen Hegemoniekonflikte

Die gesamte hegemoniale Konfiguration in diesem Politikfeld hat sich dadurch gewandelt, dass jeweils die pragmatischen Akteure bzw. Apparate von grünem und grauem Projekt grundsätzlich die vorherrschende Form der Energiepolitik akzeptiert haben. Die Auseinandersetzungen werden nun um die konkrete Gestalt der Energiewende ausgetragen. Nicht zuletzt haben sich die Verhältnisse zwischen den einzelnen Akteuren und Fraktionen innerhalb der beiden gesellschaftlichen Blöcke dynamisch verändert, was auf die große interne Heterogenität der Hegemonieprojekte hinweist.

Das neue Kräfteverhältnis umfasste zwar durchaus einen gewissen Terraingewinn der grünen Kräfte und einen relativen Rückzug der grauen Kräfte. Aber der Fortschritt des grünen Projekts blieb widersprüchlich und begrenzt, weil es sich kaum substantiell ausdehnen konnte. Es wurde durch die graue Gegenstrategie wieder in die Defensive gedrängt und verlor die Kontrolle über seine eigenen politischen Projekte. Die grünen Strategien konnten sich nicht entscheidend verallgemeinern, weil graue und unabhängige Akteure nur modifizierte grüne Strategie-Elemente übernahmen. Sie machten sich nicht ernsthaft grüne Strategien zu eigen und wurden deshalb auch nicht Teil des grünen Projekts. So setzten sie nicht auf einen schnellen und umfassenden Umbau der Stromversorgung, zielten nicht auf eine Dezentralisierung der Strukturen und strebten keine neuen sozialen Träger für das Energiesystem an. Außerdem integrierten sie die grünen Strategie-Elemente nur in selektiver und untergeordneter Form in ihre weiterhin fossil-nuklear geprägten Strategien und behielten ein taktisches Verhältnis zu den grünen Zielen. Auch im Ensemble der herrschenden Kräfte

gewannen die grünen Kräfte zwar an Bedeutung und die Stärke der grauen Kräfte erodierte. Mit ihrer neuen Energiepolitik stellte die Regierungsspitze allerdings sicher, dass sich die Kräfteverschiebungen relativ kontrolliert vollzogen, ein krisenhafter und konfliktiver Umbruchprozess vermieden wurde und die grauen Kräfte ihre dominante Position im herrschenden Block restabilisieren konnten.

Die Dynamik von Offensiven und Defensiven der beiden Hegemonieprojekte übersetzte sich in die politische Gesellschaft. Dabei prägten die Kräfteverhältnisse zwischen den gegnerischen gesellschaftlichen Blöcken auch die Verhältnisse zwischen und innerhalb der Apparate. Aber die Apparate reproduzierten nicht einfach die gesellschaftlichen Anliegen. Vielmehr flankierten sie diese mit ihren eigenen Strategien in der staatlichen Sphäre und intervenierten selbst in die gesellschaftlichen Konflikte. Sie verstärkten die Offensiven ihrer sozialen Bündnispartner*innen und verschärfen deren Defensiven, weil sie in diesen Situationen selbst als staatliche Adressat*innen geschwächt wurden. Darüber hinaus übersetzten sich die gesellschaftlichen Kampf-bewegungen nicht ungebrochen in den Staat, sondern materialisierten sich dort nur entsprechend der eigenen Dichte und Selektivität der Staatsapparate, die die gesellschaftlichen Forderungen gemäß ihrer spezifischen Rationalität verarbeiteten. Diese Dynamik führte dazu, dass die Apparate die grüne Offensive insgesamt in die Grenzen wiesen. Folglich zeigte sich der begrenzte Erfolg grüner Strategien auch auf der Ebene der Policies. Denn sie konnten sich nicht in die wesentlichen Energiepolitiken einschreiben. In der Konsequenz war in der siebzehnten Legislaturperiode eine relative Kontinuität bei der Regulierung der Stromversorgung festzustellen.

6.6 Zwischenfazit: Zum begrenzten Fortschritt des grünen Projekts

Die Umstellung des Energiesystems vollzog sich nur langsam, weil die Restlaufzeiten der Atomkraftwerke in der Summe kaum verändert wurden und die erneuerbaren Energien zum Teil sogar ausgebremst wurden. Ferner begünstigte die Transformation der Energiewende eher den Bedeutungsgewinn zentraler Technologien und großer Player, die grünen Forderungen widersprechen.

Die wechselnden Kräfteverhältnisse im integralen Staat schrieben sich auch in die Regierungsspitze ein, deren Selektivität und politische Richtung der gesellschaftlichen Dynamik folgte. Denn sie ist wie gezeigt im Kern selbst die materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses (vgl. 4.1.2). Allerdings ist sie keinem der beiden sozial-ökologischen Hegemonieprojekte zuzurechnen. Die Energiepolitik hat nur einen instrumentellen Wert für sie. In erster Linie verfolgt sie auf Basis ihrer starken Autonomie übergeordnete Strategien, um die Vormachtstellung der dominanten Kräfte, die etablierten neoliberalen Verhältnisse und damit nicht zuletzt auch ihre eigene Macht aufrechtzuerhalten. Vor diesem Hintergrund ist der eingeschränkte Erfolg grüner Strategien auch aus der grundsätzlichen strategischen Orientierung der Regierung zu erklären. Denn die Entfaltung des grünen Projekts blieb nicht zuletzt deshalb begrenzt, weil die Führungsgruppe um Merkel darauf achtete, dass es sich nicht wesentlich verbreitern konnte.

Sie antizipierte die Offensive der grünen Kräfte und griff selektiv deren Forderungen auf, verfolgte dabei aber das Ziel, sie wieder zu passivieren. Sie demobilisierte grüne Akteure, marginalisierte grüne Apparate und integrierte SPD und Bündnis 90/Die Grünen in ihren neuen Energiekonsens, um selbst die Führung über die ursprünglich grünen politischen Projekte

zu übernehmen. Zwar schloss sie insbesondere die Stromkonzerne temporär aus ihrem Machtkreis aus. Die grauen Kräfte blieben aber im Kräfteverhältnis präsent. Die Kanzlerin bemühte sich, deren langfristige Interessen als Teil der dominanten Kapitalfraktionen zu gewährleisten. Sie unterstützte den begrenzten Transformationsprozess des grauen Projekts und strebte an, dessen Akteuren eine Erneuerung ihrer Machtbasis zu ermöglichen. Die grauen Kräfte konnten Atomausstieg und Energiewende nicht selbst und unabhängig dominieren, sondern nur in dem Rahmen, den die Regierungsspitze für sie geschaffen hat. Dieser gab ihnen die Möglichkeit, ihre Strategien in die politischen Projekte einzuschreiben. Insgesamt behielt die Regierungsspitze ein instrumentelles und taktisches Verhältnis zur neuen Energiepolitik. Deshalb bleibt diese von der Dauerhaftigkeit des neuen Kräfteverhältnisses abhängig und könnte unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen leicht wieder infrage gestellt werden.

Der Konflikt zwischen den zwei Hegemonieprojekten hat sich also nicht für eine Seite entschieden, sondern wurde unter veränderten Bedingungen fortgesetzt. Denn das grüne Projekt konnte sich in diesen Prozessen nicht entscheidend ausdehnen. Zwar sind grüne Strategie-Elemente in die Gesellschaft diffundiert. Aber die grünen Akteure haben die Kontrolle darüber verloren und konnten sich auf dieser Grundlage nicht *verallgemeinern*. Das grüne Projekt konnte also den Rahmen und die Richtung der Energiepolitik bestimmen, nicht aber ihre Form und ihren Inhalt. Zwar konnte es sein hegemoniales Potenzial steigern, aber nicht tatsächlich führend werden. Komplementär dazu haben graue Akteure zwar modifizierte grüne Strategie-Elemente übernommen und haben sich dadurch

6. Die Dynamik der energiepolitischen Hegemoniekonflikte

selbst gewandelt. Aber das graue Projekt veränderte sich nicht substanziell und in seinem Kern, sondern die grauen Akteure verfolgten weiterhin ihre grundlegenden Ziele bzw. Strategien weiter. Und nicht zuletzt forcierte auch die Regierungsspitze nicht die Umstellung der Stromversorgung auf erneuerbare Energien.

Schließlich muss die Analyse, die in dieser Arbeit vorgenommen wurde, um eine weitere Perspektive ergänzt werden. Denn sie zielte vor allem auf die Frage, ob die Akteure der beiden Hegemonieprojekte ihre Ziele, Strategien und politischen Projekte im integralen Staat ausdehnen und auf andere Akteure ausweiten können. Um tatsächlich hegemonial zu werden, muss ein Block gesellschaftlicher Kräfte aber auch andersherum in begrenzter Weise Strategie-Elemente anderer Kräfte aufgreifen, damit diese sich der Führung der Blocks unterordnen (vgl. 2.2.2). Auch weil sie an dieser Herausforderung scheiterten, konnten weder die grünen noch die grauen Akteure eine ethisch-politische Position in der Energiepolitik einnehmen. Der grüne Block konnte zwar im Laufe der Jahrzehnte seine soziale Basis verbreitern und mit grünen Geschäftsmodellen auch etablierten Kapitalgruppen neue Akkumulationsmöglichkeiten eröffnen. Allerdings hielt er keine glaubwürdigen Angebote für ärmere Bevölkerungsgruppen bereit und konnte den Stromkonzernen kaum eine ökonomische Perspektive anbieten. Auch der graue Block verfügte zwar über eine gewisse soziale Basis, die er mit der forcierten Kostendebatte zumindest ideologisch um größere Bevölkerungsgruppen erweitern konnte (vgl. 5.4.3). Dass graue Kräfte selektiv grüne Strategie-Elemente übernehmen, kann dahingehend gedeutet werden, dass sie versuchen grüne Forderungen mit begrenzten Zugeständnissen

einzu beziehen, um ihre eigene Dominanz aufrechtzuerhalten. Letztlich bleiben sie jedoch auf eine ökonomisch-korporative Position beschränkt. Nur der Bundesregierung scheint es gelungen zu sein, mit ihrem neuen energiepolitischen Kompromiss allen relevanten Kräften materielle Vorteile und begrenzte Entfaltungsmöglichkeiten zu bieten, um sie auf diese Weise ihrer politischen Führung unterzuordnen.

Allerdings wird deutlich, dass diese begrenzten und widersprüchlichen Veränderungen in der siebzehnten Legislaturperiode durchaus eine große Bedeutung und weitreichende Folgen haben können, wenn sie mit den langfristigen Entwicklungen in der deutschen Energiepolitik ins Verhältnis gesetzt werden (vgl. 4.2). Dadurch fällt als erstes auf, dass sie eine Fortsetzung der langfristigen Doppelbewegung in den energiepolitischen Hegemoniekämpfen darstellen. Allein durch die Fortschreibung dieser Trends spitzte sich der Konflikt zwischen den beiden gegnerischen gesellschaftlichen Blöcken zu. Denn er näherte sich einem Punkt, an dem die bisher noch herrschende Position der grauen Kräfte ernsthaft herausgefordert werden könnte, die grünen Kräfte die Oberhand über die Energiepolitik gewinnen könnten und die grundlegenden Kräfteverhältnisse nachhaltig kippen könnten.

Darüber hinaus markieren die jüngeren energiepolitischen Prozesse auch eine neue Stufe und eine neue Qualität der historischen Entwicklung. Denn *zum einen* erreichten die Akteure des grünen Projekts einen Meilenstein in der gesellschaftlichen Ausbreitung ihrer Anliegen. Erstmals kam ein politischer Konsens darüber zustande, dass die zivile Nutzung der Atomenergie und auch die der Kohle beendet und stattdessen die erneuerbaren Energien geför-

6.6 Zwischenfazit: Zum begrenzten Fortschritt des grünen Projekts

dert werden sollen, um perspektivisch die Stromversorgung vollständig zu übernehmen. *Zum anderen* lag die besondere Qualität der jüngeren Umbrüche in Veränderungen auf Seiten des grauen Projekts. Denn das entscheidende Zeichen für den angesprochenen Konsens war, dass eine konservative, eigentlich traditionell dem grauen Projekt verbundene Regierung – nach einem temporären energiepolitischen Rollback – eine Kehrtwende in Richtung einer ökologischen Modernisierung der Stromversorgung durchführte. Ferner rückten graue Akteure zunehmend von der Strategie ab, den Ausbau der erneuerbaren Energien grundsätzlich zu beenden oder ihn gar rückgängig zu machen, sondern investierten verstärkt selbst in erneuerbare Energien, forcierten dadurch aber die Transformation des grauen Projekts. Nachdem grüne Akteure bisher immer die Führung über Atomausstieg und Energiewende innehatten, verloren sie diese nun

an die Bundesregierung, die die politischen Projekte zugunsten der grauen Akteure umgestaltete.

Zwar können die langfristigen Trends der Energiepolitik nicht einfach in die Zukunft extrapoliert werden. Denn sie können von konjunkturell-situativen Bedingungen, Kampfverläufen und Ereignissen modifiziert, gebremst oder sogar teilweise umgekehrt werden. Aber sie sind zugleich Ausdruck gewisser Pfadabhängigkeiten, die auf langfristigen Verschiebungen in der Ökonomie, in der Bevölkerung und im integralen Staat beruhen. Sie geben wohl keinen geradlinigen Weg vor, doch drängen jenseits temporärer Abweichungen und Störungen mit einer relativ hohen Wahrscheinlichkeit die Entwicklung in eine bestimmte Richtung. Vor diesem Hintergrund müssen auch die Potenziale für einen grünen Kapitalismus beurteilt werden, die in der gegenwärtigen Energiepolitik liegen könnten.

Kapitel 6 aus: Hendrik Sander:

Auf dem Weg zum grünen Kapitalismus? Die Energiewende nach Fukushima

ISBN 978-3-86505-801-0 | © 2016 Bertz + Fischer Verlag / www.bertz-fischer.de